



**Schul-
und
Bildungsprogramm**

2017

Schul- und Bildungsprogramm des FLV-Ö 2017

„Die humane Leistungsschule“

Human bedeutet: menschlich, kommunikativ, sozial, gutes Lehrer-Eltern-Schülerverhältnis

Leistungsschule bedeutet: Leistung muss von den Schülern gefordert werden, ebenso gehören sie gefördert, aber nicht überfordert.

Das oberste Prinzip der Schule muss es sein, individuell optimale Lernergebnisse entsprechend der Fähigkeiten zu erhalten und die Schüler so auf das spätere Leben vorzubereiten.

Der Brockhaus bezeichnet Bildung als die Entwicklung des Menschen im Hinblick auf seine geistigen, seelischen, kulturellen und sozialen Fähigkeiten.

Der FLV-Ö bekennt sich zu den im SCHOG 1962 formulierten Aufgabe der Schule und der Lehrer, nämlich die Schüler zum „Wahren, Guten und Schönen“ hinzuführen.

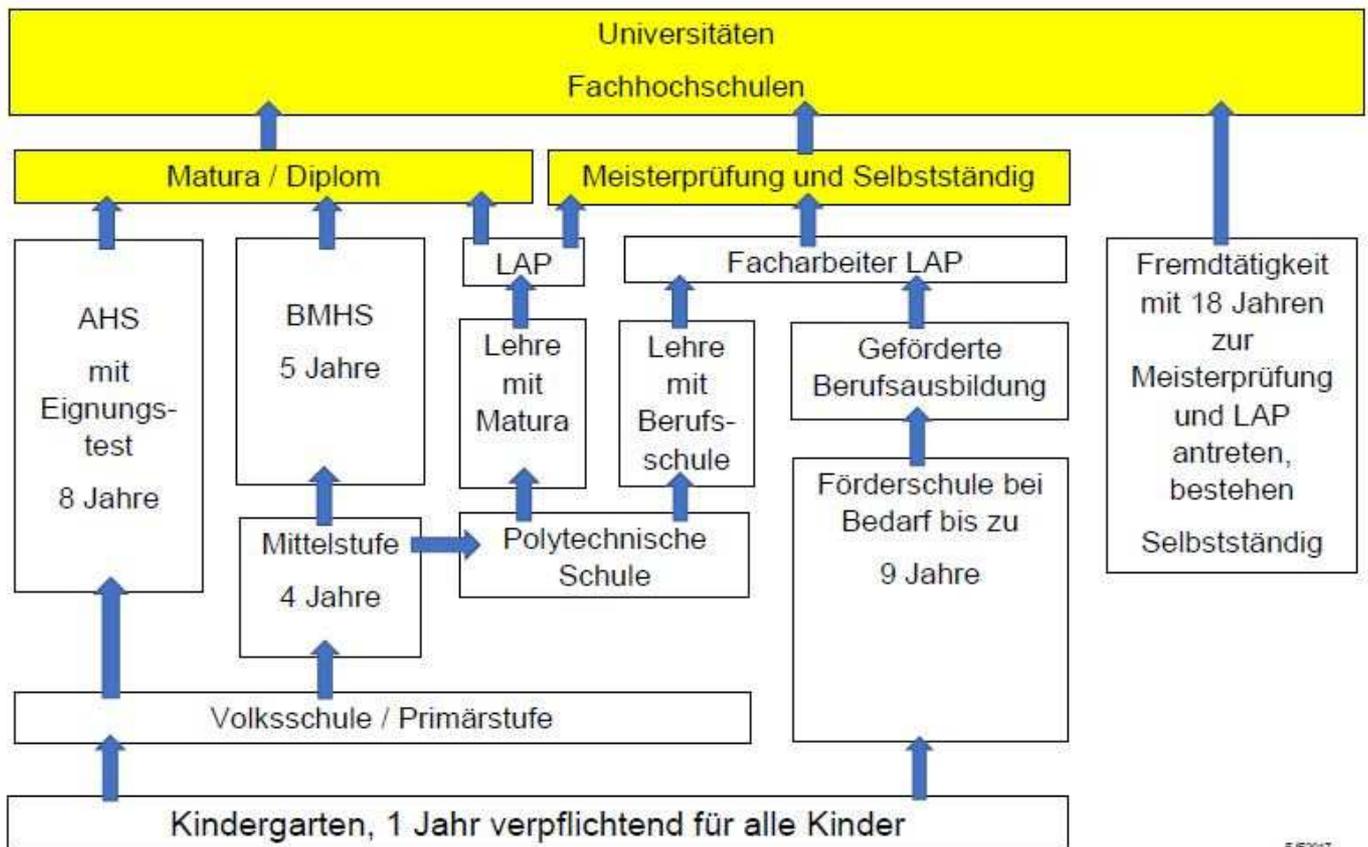
Inhalt

Übersicht über die Bildungslandschaft	3
Teil A¹	4
Aufgaben und Probleme unseres derzeitigen Bildungs- und Schulsystems	
Leitgedanken des Schul- und Bildungsprogramms des FLV-Ö 2017	
Konkrete Umsetzungsmaßnahmen des Schul- und Bildungsprogrammes des FLV-Ö 2017	
Eckpunkte des Schul- und Bildungsprogramms des FLV-Ö 2017	
Teil B²	19
Grundsätzliche freiheitliche Positionen zum Thema Bildung und Schule	
Das Bildungssystem nach Schultypen	
Bildungsreform im Fokus. Ausblick auf aktuelle Entwicklungen im Schulwesen	
Im Schul- und Bildungsprogramm des FLV-Ö 2017 berücksichtigte Dokumente	31

¹ zusammengestellt von OStR Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner mit inhaltlichen Beiträgen von freiheitlichen Lehrern aus Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg, Wien, Niederösterreich, Tirol und dem Burgenland sowie Beiträgen der FPÖ Steiermark und FPÖ Tirol.

² erstellt von Mag. S. Hinteregger, Mag. Dr. R. Stangl (BVFU Kärnten)

Übersicht über die Bildungslandschaft



FLV2017

Polytechnische Schule

Teil A des Schul- und Bildungsprogramms des FLV-Ö 2017

zusammengestellt von OStR Prof. Mag. Dr. Josef Pastener mit inhaltlichen Beiträgen von freiheitlichen Lehrern aus Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg, Wien, Niederösterreich, Tirol und dem Burgenland sowie Beiträgen der FPÖ Steiermark und FPÖ Tirol.

Gliederung:

Aufgaben und Probleme unseres derzeitigen Bildungs- und Schulsystems	4
Leitgedanken des Schul- und Bildungsprogramms des FLV-Ö 2017	6
Konkrete Umsetzungsmaßnahmen des Schul- und Bildungsprogrammes des FLV-Ö 2017.....	8
Eckpunkte des Schul- und Bildungsprogramms des FLV-Ö 2017.....	14

Aufgaben und Probleme unseres derzeitigen Bildungs- und Schulsystems

1. Rettung unseres sehr guten differenzierten Schulsystems vor Gleichmacherei; Stichwort: Gesamtschule der 10 bis 14-Jährigen.
2. Unsere Schulen leiden immer mehr unter einer gigantischen Zuwanderung von Schülern ohne Kenntnis der deutschen Sprache, noch dazu meist aus einer Kultur völlig fremder Länder. Aus Sicht des FLV-Ö sind daher ab sofort eine Negativzuwanderung und für die oben genannten außerordentlichen Schüler autonome Förderklassen erforderlich. Wenn es nicht gelingt die Zunahme der Immigrantenschüler zu stoppen, ist unser Schul- und Bildungssystem nicht zu retten!
3. Die Rettung unseres Schulsystems vor Nivellierung nach unten durch leistungsfeindliche „Reformen“, wie Abschaffung der Noten sowie des Durchfallens.
4. Daher Verhinderung der Gesamtschule und die Einführung der sehr teuren verschränkten Ganztagschule nur dort, wo alle Betroffenen einverstanden sind und dazu auch einen entsprechenden finanziellen Beitrag leisten.
5. Es ist ein trauriges Faktum, dass schon mehr als 30% der Schüler nach neun Jahren die Pflichtschule als Analphabeten verlassen. Immer mehr davon werden zu NEETS (not in education, employment or training) und leben von unserem Sozialsystem. Dieser extreme Missstand muss rasch behoben werden! Es ist zu bezweifeln, ob die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre in der jetzigen Form dieses Problem löst!
6. Verhinderung des zunehmenden Islamismus an unseren Schulen. Die islamischen Religionslehrer haben diesbezüglich eine große Verantwortung. An den staatlichen Schulen ist eine traditionelle europäische Kleidung zu tragen. Das Kreuz muss in den Schulklassen bleiben. Es ist ein wichtiges Symbol unserer europäisch-abendländischen Kultur.
7. Außerkraftsetzung des neuen niveausenkenden „neuen Lehrerdienstrechts“ mit höherer Unterrichtsverpflichtung und Gehaltskürzungen.
8. In spätestens 10 Jahren droht österreichweit ein großer Lehrermangel. Die Hauptursachen sind, dass 40 Prozent der Lehrer ins Pensionsalter kommen und dass es zu wenig Nachwuchs gibt. Verantwortlich dafür sind das neue Lehrerdienstrecht mit Gehaltskürzungen, sowie die katastrophalen Schulreformen und das sinkende Ansehen der Lehrer.
9. Verbesserung der Lehrerausbildung für alle Schultypen, anstatt der derzeit geplanten nivellierenden gleichen Ausbildung für alle.
10. Weiterer Ausbau des ausgezeichneten differenzierten Schulsystems.
11. Beendigung der häufigen linksideologischen Indoktrinierung von Schülern durch Lehrer.
12. Für eine sehr gut funktionierende Schule ist ein ausgezeichnetes Lehrer-Schüler-Verhältnis von großer Bedeutung; ebenso das der Lehrer untereinander.
13. Intensive Maßnahmen gegen das zunehmende Mobbing an Schulen.

14. Unser Schulsystem wird zu sehr von leistungsfeindlichen Lehrern, Pseudoschulexperten in den Medien und unprofilieren Politikern geprägt - dem ist Einhalt zu gebieten.
15. Auch sind Maßnahmen durch die Schulbehörden und disziplinierende Vorgangsweisen durch die Lehrer gegen lernunwillige und die Schulpflicht verweigernde Schüler nötig. Es darf nicht sein, dass muslimische Schüler Lehrerinnen mit Verachtung behandeln.
16. Die Verpolitisierung unserer Schulen ist abzuschaffen.
17. Alle Schulreformen müssen der Hebung des Schulniveaus, der Leistungsbereitschaft, sowie der Bildung und Ausbildung dienen, wobei der Kostenfaktor beachtet werden muss.
18. Österreichs Schulbudget liegt laut OECD-Bericht 2016 mit 3,1% des Bruttoinlandsproduktes deutlich unter dem OECD-Schnitt von 3,7%! Im Schuljahr 1999/2000 umfasste das Schulbudget noch 4,2% des BIP. Wäre dies 2017 auch so, hätte das Schulbudget zwei Milliarden Euro mehr zur Verfügung! Unser Schulsystem braucht jährlich also mindestens eine Milliarde Euro mehr um positive Reformen finanzieren zu können. Wir fordern: Weniger Geld für zweifelhafte Asylwerber und dafür mehr Geld für unsere Schüler! Die Behauptung Österreich hätte schon bisher eines der teuersten Schulsysteme der Welt, ist eine Schimäre. Durch die jetzigen Schulreformen wird es aber immer teurer, wofür das Geld fehlt, aber auch immer schlechter!
19. Seit ca. 20 Jahren sinkt das Niveau unserer Schulen. Die Hauptursachen sind die vielen schlechten „Schulreformen“ und die Massenimmigration. Die Hauptaufgabe des Freiheitlichen Bildungsprogrammes 2017 ist es, eine Trendumkehr zu erreichen. Es ist eine positive Alternative zu den derzeit negativen „Schulreformen“, mit denen unser Schulsystem immer mehr zerstört wird!

Leitgedanken des Schul- und Bildungsprogramms des FLV-Ö 2017

Bildung bedeutet für uns die zielgerichtete Entwicklung von selbstbewussten und kritischen Bürgern, die einen konstruktiven Beitrag zum Bestehen und der Weiterentwicklung der Gemeinschaft leisten können und wollen.

Jeder junge Mensch hat das Recht auf Bildung gemäß seiner Begabungen und soll daher im Rahmen der Unterrichtspflicht in deutscher Sprache unterrichtet werden.

1. Freiheit der Gedanken für die Reform des Bildungssystems

Aus der Form Geratenes wieder in eine zukunftsorientierte Form zu bringen ist Ziel der freiheitlichen Bildungspolitik.

Viel Bewährtes wurde in den letzten Jahren abgeschafft, manches Entbehrliche beibehalten oder hinzugefügt. (z.B. Schulorganisation, Lehrerausbildung und Dienstrecht, Lehrpläne)

2. Familienfreundliche Schule

Die Mitwirkungsmöglichkeit der Eltern an der Erziehung ihrer Kinder ist zu gewährleisten, Wahlfreiheit (u.a. bei der Nachmittagsbetreuung und der Kindergartenpflicht über ein Jahr hinaus) zu fordern, Krippenbetreuung für unter Dreijährige ist im Hinblick auf die zukünftige pädagogische Entwicklung nicht zu befürworten.

3. Leistungsfreundliches Schulklima

Gute und weniger gute Leistungen sollen auch als solche benannt werden dürfen – Abschaffung der Ziffernnoten oder des Wiederholens sind abzulehnen, Notenwahrheit für den Übertritt an weiterführende Schulen ist herzustellen.

Eigenverantwortung und leistungsmäßig homogene Gruppen sind wichtig für die Erzielung guter Lernerfolge.

4. Differenziertes Bildungssystem

Die Vielfalt des österreichischen Bildungssystems ist beizubehalten und weiterzuentwickeln - Familie, Kindergarten, VS, HS/NMS, Gymnasium in Lang- und Oberstufenform, vielfältiges berufsbildendes Schulwesen, Berufsorientierungsstufe (dzt. PTS), Lehre/Berufsschulen, Fachhochschulen, Universitäten.

Das gedeihliche Nebeneinander von öffentlichen und privaten Schulen ist zu ermöglichen.

Die bereits vorhandene Durchlässigkeit ist weiterzuentwickeln.

5. Herz, Hirn und Hand

Herzensbildung, Intellekt, Wahrnehmungsschulung, Bewegung und Kreativität sind in der Schule gefordert und sollen je nach Alter und Schultyp gefördert werden.

Eine gute Balance zwischen traditionellen und neuen Medien, Werkzeugen und Methoden ist zu gewährleisten.

Für die Persönlichkeitsentwicklung ist die Verbindung von Herz, Hirn und Hand erforderlich.

Musikalisch-kreative und sportliche Fächer sind dafür unerlässlich.

6. Sprache, Werte und Kleidung

Österreich ist Teil des mitteleuropäisch-abendländischen Werte- und Kulturraumes.

Daher sind deutsche Umgangssprache, angemessener Kleidungsstil und landesübliche Umgangsformen ein Gebot der Höflichkeit und dementsprechend von allen Schülern einzufordern.

7. Fördermaßnahmen

Die Förderung von Begabungen und Interessen ist zu gewährleisten - Freifächer, Zusatzkurse, Hochbegabtenförderung u.dgl.

Für Schüler mit Förderbedarf ist das Angebot an Sonder-/Förderschulen aufrechtzuerhalten, ggf. sind auch Inklusionsangebote zu ermöglichen.

Die Lehrer sind in ihrer Rolle als menschliches und fachliches Vorbild für ihre Schüler zu unterstützen.

8. Österreicher zuerst – offen für Gäste

Die Schul- und Bildungspolitik hat sich vorrangig an den Bedürfnissen der österreichischen Gesellschaft zu orientieren.

Ein ordnungsgemäßer Unterricht ist zu gewährleisten.

Die Erfüllung der schulischen Pflichten (Anwesenheit, Ablegen der Prüfungen) ist auch von Ausländern zu fordern. Bis zu einem gewissen Ausmaß kann dies durch Integration in einem bestehenden Klassenverband geschehen, vorausgesetzt es gibt ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache.

9. Entpolitisierung und gedeihliches Miteinander

Eine umfassende politische Bildung ist Grundlage für eine starke, wehrhafte Demokratie.

Daher liegt es im Interesse der Schulgemeinschaft parteipolitische Einflussnahme von Lehrern, Direktoren oder Schülern (Schülerorganisationen) zu unterbinden.

Ein gedeihliches Miteinander ist durch Maßnahmen gegen Mobbing (Schüler und Lehrer) zu unterstützen.

Schulbücher als wesentliche Unterrichtsmittel dürfen nicht zum ideologischen Werkzeug werden.

10. Demokratische Kontrolle und Mitwirkung

Schulinterne demokratische Instrumentarien (SchulGemeinschaftsausschuss; Dreiecksverhältnis: Eltern-Lehrer-Schüler) sind beizubehalten und weiterzuentwickeln.

Eine „Alleinherrschaft“ durch Schulleiter (Festlegung von Gruppengrößen, Teilungsziffern, Stundentafeln) ist abzulehnen.

Postenbesetzungen (Schulleiter, Inspektoren, Fachvorstände) sind in objektiven Verfahren unter Kontrolle der Vertreter der demokratisch gewählten Parteien (Anhörung in den Landesschulratskollegien) vorzunehmen.

11. Rahmenbedingungen für Lehrer

Aufgabe der Lehrer ist es, fachliche Inhalte pädagogisch fundiert zu vermitteln.

Bürokratische Zusatzarbeiten (Dokumentenkontrolle, Adresslisten, Kostenbeiträge, Veranstaltungen) sind von zusätzlichem Hilfspersonal durchzuführen. Für außerschulisches Personal (Psychologen, Drogenberater, Sozialarbeiter usw.) sind ausreichende finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Die dienstrechtlichen Verschlechterungen (neues Dienstrecht) sind rückgängig zu machen.

Lehrerarbeitsplätze sind in ausreichender Anzahl und zeitgemäß ausgestattet bereitzustellen.

Konkrete Umsetzungsmaßnahmen des Schul- und Bildungsprogrammes des FLV-Ö 2017

Bildung bedeutet für uns die zielgerichtete Entwicklung von selbstbewussten und kritischen Bürgern, die einen konstruktiven Beitrag zum Bestehen und der Weiterentwicklung der Gemeinschaft leisten können und wollen.

Jeder junge Mensch hat das Recht auf Bildung gemäß seiner Begabungen und soll daher im Rahmen der Unterrichtspflicht in deutscher Sprache unterrichtet werden.

1. Freiheit der Gedanken für die Reform des Bildungssystems

Aus der Form Geratenes wieder in eine zukunftsorientierte Form zu bringen ist Ziel der freiheitlichen Bildungspolitik.

Viel Bewährtes wurde in den letzten Jahren abgeschafft, manches Entbehrliche beibehalten oder hinzugefügt. (z.B. Schulorganisation, Lehrerausbildung und Dienstrecht, Lehrpläne)

Beispiele für konkrete Umsetzungsmaßnahmen:

- Der FLV-Ö fordert eine sach- und themenorientierte Bildungspolitik.
- Der FLV-Ö fordert die Ausweitung der Schulautonomie, die ihren Namen auch verdient (keine Kürzungen und damit Verlagerung des Verteilungskampfes an die Schulen).
- Der FLV-Ö fordert eine neue pädagogisch überdachte Ferienordnung.
- Der FLV-Ö fordert eine laufende Evaluierung der bestehenden Lehrpläne unter Einbeziehungen von Wirtschafts- und Fachexperten.
- Der FLV-Ö fordert die Abschaffung der ohne Mehrwert für den Schulbetrieb zu erledigenden Verwaltungstätigkeiten in der derzeitigen Form wie EDL (=ergänzende differenzierte Leistungsbeurteilung), SQA (=Schulqualität-Allgemeinbildung) und QIBB (=QualitätsInitiativeBerufsBildung).
- Der FLV-Ö fordert eine Zurücknahme der unter Ministerin Gehrler vorgenommenen Kürzungen der wöchentlichen Unterrichtszeit in allen Schultypen.

2. Familienfreundliche Schule

Die Mitwirkungsmöglichkeit der Eltern an der Erziehung ihrer Kinder ist zu gewährleisten, Wahlfreiheit (u.a. bei der Nachmittagsbetreuung und der Kindergartenpflicht über ein Jahr hinaus) zu fordern, Krippenbetreuung für unter Dreijährige ist im Hinblick auf die zukünftige pädagogische Entwicklung nicht zu befürworten.

Beispiele für konkrete Umsetzungsmaßnahmen:

- Der FLV-Ö fordert die Vermittlung eines positiven Familienbildes.
- Der FLV-Ö fordert Wahlfreiheit bei der Betreuung der Kinder (Abgeltung der Kosten in Höhe der Vollkosten der außerfamiliären Betreuung).
- Der FLV-Ö fordert ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr – keine Zwangsausweitung!
- Der FLV-Ö fordert eine Lockerung der Schulsprengel. Es darf dadurch aber zu keiner divergenten Mischung von Schülern in den Ballungsräumen kommen oder gar zu sogenannten „Restschulen“.
- Der FLV-Ö fordert die familienfreundliche und die Belange der Berufsausbildung berücksichtigende Neuordnung der schulautonomen Tage!
- Der FLV-Ö fordert eine intensive Aufklärung der Eltern, dass die Kinderkrippen für Säuglinge und Kleinkinder für deren geistige und seelische Entwicklung abträglich sind (Störung des Urvertrauens).
- Der FLV-Ö fordert keinen Bildungskompass für Kinder ab drei Jahren.

3. Leistungsfreundliches Schulklima

Gute und weniger gute Leistungen sollen auch als solche benannt werden dürfen – Abschaffung der Ziffernnoten oder des Wiederholens sind abzulehnen, Notenwahrheit für den Übertritt an weiterführende Schulen ist herzustellen.

Eigenverantwortung und leistungsmäßig homogene Gruppen sind wichtig für die Erzielung guter Lernerfolge.

Beispiele für konkrete Umsetzungsmaßnahmen:

- Der FLV-Ö fordert, dass Schüler ohne Deutschkenntnisse nicht direkt den Pflichtschulen wie AHS, BHS und BMS zugewiesen werden.
- Der FLV-Ö fordert das Bekenntnis zu Leistungsdenken, Leistungsbereitschaft und Leistungsförderung.
- Der FLV-Ö fordert Maßnahmen für Schüler mit disziplinären Problemen.
- Der FLV-Ö fordert das Leistungsprinzip auch im Lehrberuf - Leistung muss sich auszahlen!
- Der FLV-Ö fordert die Beibehaltung des bisherigen leistungsfördernden Benotungssystems (Ziffernnoten) und lernfördernde Leistungsbeurteilung.
- Der FLV-Ö fordert von den Lehrern die strikte Beachtung der Notenwahrheit in den Zeugnissen. Die Zeugnisnoten müssen exakt die tatsächlichen Leistungen der Schüler wiedergeben und dürfen nicht geschönt werden.
- Der FLV-Ö fordert kleinere und leistungsmäßig homogene Gruppen.
- Der FLV-Ö fordert eine zukunftsorientierte Bildung, die fit macht für die Anforderungen des zukünftigen Arbeitsmarktes (keine Manipulation).
- Der FLV-Ö fordert die Möglichkeit einer mittleren Reife nach der neunten Schulstufe als Hilfestellung für die Schüler bei deren Entscheidung über den weiteren Ausbildungsweg.
- Der FLV-Ö fordert, dass die Studierfähigkeit der Absolventen einer AHS oder BHS mit der Zentralmatura gegeben sein muss und der freie Uni-Zugang mit entsprechender Qualifikation gewährleistet sein muss.
- Der FLV-Ö fordert die Zurücknahme der verpflichtenden Abfassung von "vorwissenschaftlichen Arbeiten" (VWA) an den AHS sowie der Verpflichtung zu "Diplomarbeiten" an den BHS.
- Der FLV-Ö fordert die Abhaltung von Kompensationsprüfungen erst bei der mündlichen Matura.
- Der FLV-Ö fordert nur für Kleinstvolksschulen die Möglichkeit inhomogene Mehrstufenklassen zu bilden.
- Der FLV-Ö fordert Maßnahmen zur Aufwertung des lebenslangen Lernens in Selbstverantwortung.
- Der FLV-Ö fordert Maßnahmen zur Förderung der altersgemäßen Sprachkompetenz und besseren Integration von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache.
- Der FLV-Ö fordert die Verwendung moderner Lehr- und Lernmethoden in allen Schultypen.
- Der FLV-Ö fordert den Ausbau von Zusatzangeboten für Hochbegabte.
- Der FLV-Ö fordert entsprechende gesetzliche Maßnahmen bzgl. des Problems mit chronischen Schulschwänzern sowohl gegen die Schüler sowie auch deren Eltern (z.B. Entzug der Familienbeihilfe).

4. Differenziertes Bildungssystem

Die Vielfalt des österreichischen Bildungssystems ist beizubehalten und weiterzuentwickeln - Familie, Kindergarten, VS, HS/NMS, Gymnasium in Lang- und Oberstufenform, vielfältiges berufsbildendes Schulwesen, Berufsorientierungsstufe (dzt. PTS), Lehre/Berufsschulen, Fachhochschulen, Universitäten. Das gedeihliche Nebeneinander von öffentlichen und privaten Schulen ist zu ermöglichen.

Die bereits vorhandene Durchlässigkeit ist weiterzuentwickeln.

Beispiele für konkrete Umsetzungsmaßnahmen:

- Der FLV-Ö fordert die Förderung der Stärken des Einzelnen in einem durchlässigen Schulsystem.
- Der FLV-Ö fordert die Ausgestaltung des Kindergartens als wesentliches Fundament kindlicher Entwicklung.

- Der FLV-Ö fordert hochspezialisierte Förderschulen für Kinder mit ADHS sowie verhaltenskreativen Problemen.
- Die FLV-Ö lehnt die verpflichtende Ganztageschule in verschränkter Form ab.
- Der FLV-Ö fordert ein JA zum öffentlichen Schulwesen mit individueller Förderung.
- Der FLV-Ö fordert keine Konkurrenz zwischen AHS Unterstufe und NMS (Langform AHS!)
- Der FLV-Ö fordert den Erhalt der AHS als achtjährige Langform mit dem Ziel der Vorbereitung leistungsstarker und interessierter Schüler auf eine akademische Ausbildung (Auswahl durch Aufnahme- bzw. Eignungsprüfung bei Schwerpunkt).
- Der FLV-Ö fordert den Erhalt der Schulformen mit der Bildungssprache Latein ohne weitere Stundenkürzungen.
- Der FLV-Ö fordert die Möglichkeit einer eingeschränkten Studierfähigkeit (fächerbezogen).
- Der FLV-Ö fordert die Beibehaltung der Erfolgsmodelle HTBLA, HLW, HAK, BAfEP (ehemals BAKIP), Tourismusschule, usw.
- Der FLV-Ö fordert die Fortsetzung der erfolgreichen berufspraktischen Ausbildung bzw. Verbesserung durch Ausweitung der wirtschaftlichen Kooperationen.
- Der FLV-Ö fordert die Beibehaltung der dualen Berufsausbildung, da diese im internationalen Vergleich qualitativ einzigartig ist.
- Der FLV-Ö fordert die Kostenübernahme der Berufsschulbildung durch die öffentliche Hand.
- Der FLV-Ö fordert die Aufwertung der Lehre, da diese für die wirtschaftliche und technische Entwicklung Österreichs notwendig ist (Facharbeitermangel).
- Der FLV-Ö fordert neue Karrieremöglichkeiten für Lehrlinge.
- Der FLV-Ö fordert ein Berufsorientierungsjahr (derzeit Polytechnische Schule) als Vorbereitung für die Lehre und zur Erreichung der Mittleren Reife – BMHS ist dazu keine Alternative.
- Der FLV-Ö fordert flexible Unterrichtsblöcke für (fächerübergreifende) Projekte.
- Der FLV-Ö fordert die Gleichstellung der Privatschulen mit den katholischen und evangelischen Privatschulen, vorausgesetzt, dass diese dem SCHOG entsprechen.

5. Herz, Hirn und Hand

Herzensbildung, Intellekt, Wahrnehmungsschulung, Bewegung und Kreativität sind in der Schule gefordert und sollen je nach Alter und Schultyp gefördert werden.

Eine gute Balance zwischen traditionellen und neuen Medien, Werkzeugen und Methoden ist zu gewährleisten.

Für die Persönlichkeitsentwicklung ist die Verbindung von Herz, Hirn und Hand erforderlich.

Musikalisch-kreative und sportliche Fächer sind dafür unerlässlich.

Beispiele für konkrete Umsetzungsmaßnahmen:

- Der FLV-Ö fordert eine Offensive zur Steigerung der Lesekompetenz und in MINT-Fächern (Mathematik, Informationstechnik, Naturwissenschaft, Technik).
- Der FLV-Ö fordert den angemessenen Ausbau moderner Medien und eine Fortbildungsoffensive.
- Der FLV-Ö fordert Neugierde und Interesse in der schulischen Laufbahn zu wecken, um Motivation für lebenslanges Lernen in Selbstverantwortung zu erreichen.
- Der FLV-Ö fordert die Beibehaltung der Schreibrift, weil sie ein wesentliches Kulturgut ist. In der Volksschule ist der Schreibrift gegenüber digitalen Medien der Vorzug zu geben.
- Der FLV-Ö fordert eine Sicherung und Stärkung des Musik-, Werk- und Zeichenunterrichts (keine Kürzungen und Zusammenlegungen).
- Der FLV-Ö fordert den Ausbau der körperlichen Bildung (z.B. durch die tatsächliche Einführung einer täglichen Turnstunde oder zweier Doppelstunden - zumindest in der Primarstufe und der Sekundarstufe 1).
- Der FLV-Ö fordert die verpflichtende Teilnahme aller Schüler an mehrtägigen Schulveranstaltungen.

6. Sprache, Werte und Kleidung

Österreich ist Teil des mitteleuropäisch-abendländischen Werte- und Kulturraumes.

Daher sind deutsche Umgangssprache, angemessener Kleidungsstil und landesübliche Umgangsformen ein Gebot der Höflichkeit und dementsprechend von allen Schülern einzufordern.

Beispiele für konkrete Umsetzungsmaßnahmen:

- Der FLV-Ö fordert die Vermittlung von Werten und Problemlösungsstrategien für verantwortungsvolles Handeln in einer komplexen Gesellschaft.
- Der FLV-Ö fordert die Vermittlung der christlich-abendländischen Traditionen in den Pflichtschulen. Eine wesentliche Rolle spielen dabei ein intensiver Unterricht in österreichischer Heimatkunde sowie die Berücksichtigung des deutschsprachigen Liedgutes im Musikunterricht.
- Der FLV-Ö fordert einen verpflichtenden Religions- oder Ethikunterricht. Wertevermittlung für alle!
- Der FLV-Ö fordert keine einseitige religiöse oder ideologische Beeinflussung.
- Der FLV-Ö fordert altersgemäße Sprachkompetenz und Integration: Deutsch als Schul- und Pausensprache – bedarfsorientierte Ausweitung der DAZ Stunden (Deutsch als Zweitsprache).
- Der FLV-Ö fordert die Vermittlung des Gedankens der umfassenden Landesverteidigung an den Schulen.
- Der FLV-Ö fordert die Wiedereinführung der Beurteilung von Fleiß und Form, darüber hinaus eine Verhaltensnote auch in den Abschlussklassen.

7. Fördermaßnahmen

Die Förderung von Begabungen und Interessen ist zu gewährleisten - Freifächer, Zusatzkurse, Hochbegabtenförderung u.dgl.

Für Schüler mit Förderbedarf ist das Angebot an Sonder-/Förderschulen aufrechtzuerhalten, ggf. sind auch Inklusionsangebote zu ermöglichen.

Die Lehrer sind in ihrer Rolle als menschliches und fachliches Vorbild für ihre Schüler zu unterstützen.

Beispiele für konkrete Umsetzungsmaßnahmen:

- Der FLV-Ö fordert Maßnahmen zur Anhebung des Stellenwertes der Lehrer – Respekt gegenüber den Lehrpersonen und diszipliniertes Schülerverhalten.
- Der FLV-Ö fordert von den Lehrpersonen hohe soziale Kompetenz und Verantwortung.
- Der FLV-Ö fordert Fortbildungsprogramme für Unterrichtende in berufspraktischen Gegenständen in Kooperation mit Industrie, Banken, Firmen und Universitäten, um die Aktualität des Vermittelten zu gewährleisten.
- Der FLV-Ö fordert die Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten auf allen Ebenen.
- Der FLV-Ö fordert mehr Möglichkeiten der Weiterbildung und des Nachholens von Schulabschlüssen zur Verbesserung der Chancen am Arbeitsmarkt.
- Der FLV-Ö fordert individuelle Talentförderung.
- Der FLV-Ö fordert die Beibehaltung des bewährten Systems der Sonder-/Förderschulen und lehnt die Umstellung auf (Zwangs)Inklusion aus sozialen und pädagogischen Gründen ab.
- Der FLV-Ö fordert an jeder Schule Lehrer mit Ausbildungen für Legasthenie bzw. für Schüler mit Teilleistungsschwächen.

8. Österreicher zuerst – offen für Gäste

Die Schul- und Bildungspolitik hat sich vorrangig an den Bedürfnissen der österreichischen Gesellschaft zu orientieren.

Ein ordnungsgemäßer Unterricht ist zu gewährleisten.

Die Erfüllung der schulischen Pflichten (Anwesenheit, Ablegen der Prüfungen) ist auch von Ausländern zu fordern. Bis zu einem gewissen Ausmaß kann dies durch Integration in einem bestehenden Klassenverband geschehen, vorausgesetzt es gibt ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache.

Beispiele für konkrete Umsetzungsmaßnahmen:

- Der FLV-Ö fordert die bestmögliche Förderung einheimischer Schüler.
- Der FLV-Ö fordert Maßnahmen gegen Segregation in Ballungsräumen.

- Der FLV-Ö fordert die Begrenzung der Anzahl der Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache in den Klassen mit höchstens 30%.
- Der FLV-Ö fordert strikte Maßnahmen gegen Schulverweigerer und mögliche zukünftige Republikverweigerer.

9. Entpolitisierung und gedeihliches Miteinander

Eine umfassende politische Bildung ist Grundlage für eine starke, wehrhafte Demokratie.

Daher liegt es im Interesse der Schulgemeinschaft parteipolitische Einflussnahme von Lehrern, Direktoren oder Schülern (Schülerorganisationen) zu unterbinden.

Ein gedeihliches Miteinander ist durch Maßnahmen gegen Mobbing (Schüler und Lehrer) zu unterstützen. Schulbücher als wesentliche Unterrichtsmittel dürfen nicht zum ideologischen Werkzeug werden.

Beispiele für konkrete Umsetzungsmaßnahmen:

- Der FLV-Ö fordert Maßnahmen gegen Mobbing (Schüler und Lehrer).
- Der FLV-Ö fordert ausgebildete Mediatoren gegen eskalierende Konflikte und Mobbing an den Schulen.
- Der FLV-Ö fordert die strenge Kontrolle der Einhaltung des Verbots parteipolitischer Einflussnahme.
- Der FLV-Ö fordert schulautonome Möglichkeit der Einführung einheitlicher Schulkleidung in allen Schultypen - dies fördert Identifikation, Integration und Chancengleichheit.
- Der FLV-Ö fordert die Möglichkeit der Unterstützung der Schulen (finanziell oder mit Sachleistungen) durch Sponsoren - jedoch nur ohne parteipolitischen Hintergrund.
- Der FLV-Ö fordert die Gewährung von Schulautonomie nur zu einer Verbesserung des Lernniveaus und zu mehr Zufriedenheit der Schulpartner bzgl. des Schulablaufs ohne Mehrkosten.
- Der FLV-Ö fordert, dass Schulautonomie nicht zu einer Reduzierung der finanziellen Ressourcen der Schulen missbraucht wird.

10. Demokratische Kontrolle und Mitwirkung

Schulinterne demokratische Instrumentarien (SchulGemeinschaftsAusschuss; Dreiecksverhältnis: Eltern-Lehrer-Schüler) sind beizubehalten und weiterzuentwickeln.

Eine „Alleinherrschaft“ durch Schulleiter (Festlegung von Gruppengrößen, Teilungsziffern, Stundentafeln) ist abzulehnen.

Postenbesetzungen (Schulleiter, Inspektoren, Fachvorstände) sind in objektiven Verfahren unter Kontrolle der Vertreter der demokratisch gewählten Parteien (Anhörung in den Landesschulratskollegien) vorzunehmen.

Beispiele für konkrete Umsetzungsmaßnahmen:

- Der FLV-Ö fordert: Parteipolitik heraus aus den Schulen.
- Der FLV-Ö fordert ein gutes Dreiecksverhältnis Lehrer – Schüler – Eltern.
- Der FLV-Ö fordert bindende Vereinbarungen mit Eltern für individuelle Lernförderungen.
- Der FLV-Ö fordert größere Gestaltungsmöglichkeiten für die Standorte, um den unterschiedlichen Gegebenheiten mit differenzierten Entscheidungen und Konzepten entsprechen zu können.
- Der FLV-Ö fordert klare Kompetenzzuteilungen (Bund, Land, Gemeinde) in der Schulverwaltung.
- Der FLV-Ö fordert Effizienzsteigerung durch Schulcluster nur unter entsprechenden Rahmenbedingungen (z.B. räumliche Nähe, ausreichende zeitliche Anwesenheit an allen Standorten, um Kleinschulen nicht schließen zu müssen) sowie nur bei gleichzeitiger Entpolitisierung.
- Der FLV-Ö fordert die Bestellung von Direktoren über ein professionelles Qualitätsauswahlverfahren unter Einbindung der Schulpartner.
- Der FLV-Ö fordert die Bestellung der Direktoren zunächst auf fünf Jahre - danach soll eine Weiterbestellung möglich sein.
- Der FLV-Ö fordert, dass alle wichtigen schulautonomen Entscheidungen (z.B. Festlegung von Gruppengrößen, Teilungsziffern, Stundentafeln) nur unter Einbindung der Schulpartner erfolgen dürfen und nicht undemokratisch allein durch den Direktor oder Clusterleiter.

- Der FLV-Ö fordert die Stärkung der Position der Direktoren in den SGA und Schulforen durch Stimmrecht.
- Der FLV-Ö fordert eine angemessenere Direktorenzulage - Leistung muss sich lohnen!
- Der FLV-Ö fordert die Reduzierung des bürokratischen Aufwandes für die Direktoren durch Anstellung von Kanzleipersonal.

11. Rahmenbedingungen für Lehrer

Aufgabe der Lehrer ist es, fachliche Inhalte pädagogisch fundiert zu vermitteln.

Bürokratische Zusatzarbeiten (Dokumentenkontrolle, Adresslisten, Kostenbeiträge, Veranstaltungen) sind von zusätzlichem Hilfspersonal durchzuführen. Für außerschulisches Personal (Psychologen, Drogenberater, Sozialarbeiter usw.) sind ausreichende finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die dienstrechtlichen Verschlechterungen (neues Dienstrecht) sind rückgängig zu machen. Lehrerarbeitsplätze sind in ausreichender Anzahl und zeitgemäß ausgestattet bereit zu stellen.

Beispiele für konkrete Umsetzungsmaßnahmen:

- Der FLV-Ö fordert den Respekt und die Unterstützung der Lehrer durch die Gesellschaft.
- Der FLV-Ö fordert mehr Durchgriffsrechte für Lehrpersonen bei verhaltensauffälligen Schülern und Schulschwänzern.
- Der FLV-Ö fordert zusätzliches pädagogisches und psychologisches Unterstützungspersonal.
- Der FLV-Ö fordert zusätzliche Werteinheiten für Integration und Therapie.
- Der FLV-Ö fordert für Universitäten die Bereitstellung höherer Ressourcen zur Qualitätsverbesserung in der Lehre (derzeit schlechtes internationales Ranking).
- Der FLV-Ö fordert Maßnahmen zur Vermeidung der Abwanderung von Wissenschaftlern ins Ausland (z.B. mehr Investitionen in Wissenschaft und Forschung) und Steigerung der Qualität.
- Der FLV-Ö fordert die Rückkehr zu dem bewährten differenzierten Lehrerausbildungssystem.
- Der FLV-Ö fordert die Revidierung des neuen Lehrerdienstrechts. (z.B. Rücknahme der Reduktion der Lebensverdienstsumme).
- Die FLV-Ö lehnt die Einführung des Jahreszeitmodells ab. Gefordert werden vielmehr ein Wochenarbeitszeitmodell zur Förderung des Leistungsprinzips und ein leistungsabhängiges Besoldungsschema.
- Der FLV-Ö fordert laufende Lehrerfortbildung, wenn möglich in der unterrichtsfreien Zeit. Dafür soll für jeden Lehrer ein Bildungspass ausgestellt werden.
- Der FLV-Ö fordert ein großes Angebot von Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrer während der unterrichtsfreien Zeit. Die Berufsfortbildungsseminare der Lehrer sollen grundsätzlich nur mehr in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden.
- Der FLV-Ö fordert als Lehrerprofil der Zukunft: professionell, lösungskompetent, mit hoher fachlicher und emotionaler Kompetenz und ein positives Selbstbild, visionär sowie mental stark.

Eckpunkte des Schul- und Bildungsprogramms des FLV-Ö 2017

1. Kindergarten
2. Volksschule (Primarstufe)
3. Förderschule (ehem. Sonderschule)
4. Sekundarstufe 1
5. Sekundarstufe 2
 - a. Berufsförderungsjahr (früher PTS)
 - b. duale Ausbildung im Lehrberuf/Lehre mit Matura
 - c. Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS) - NOST
 - d. Langform fünfjährige AHS - BORG
 - e. Berufsbildende Mittlere und Höhere Schulen (BMS u. BHS)
6. Lehrerausbildung und das Lehrerdienstrecht
7. Universitäten und Fachhochschulen

1. Kindergarten

Kindertageneinrichtungen bilden ein wesentliches Fundament in der psychischen und sozialen Entwicklung eines Kindes. Wichtige Aufgaben im Kindergarten sind das Festigen bzw. das Erlernen der deutschen Schriftsprache sowie die sozial-kulturelle Integration. Islamische Kindergärten, in denen die Kinder statt intensiv Deutsch zu lernen Koransuren auswendig lernen müssen, sind nicht zuzulassen.

Wir stehen zum verpflichtenden letzten Kindergartenjahr, stellen uns aber gegen eine generelle Verpflichtungserweiterung für alle Kinder, da die Erziehungspflicht in diesem Alter zum großen Teil der Familie übertragen bleiben soll. In individuellen Fällen (z.B. zur Sprachförderung) mag dies nach verlässlicher diagnostischer Abklärung sinnvoll sein. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen soll mit bedarfsorientierten Öffnungszeiten ermöglicht werden. Letztendlich muss es aber im Entscheidungsbereich der Familie bleiben, ob einer der Elternteile zu Hause an der Erziehung des Kindes hauptberuflich wirken möchte.

Krippenbetreuung von Kindern unter drei Jahren ist aufgrund der Schädigung der Kinderseelen generell abzulehnen (Panzerung).

Drei Monate vor Beginn der VS soll eine Sprachstandfeststellung erfolgen und die Beobachtung, ob eine ausreichende Sozialisierung des Kindes vorliegt. Bei Sprachmängeln in Deutsch erfolgt eine Zurückstellung des Kindes auf ein weiteres Kindergartenjahr mit Vorschule. Gibt es danach immer noch Mängel beim Gebrauch der deutschen Sprache erfolgt keine Aufnahme des Kindes in die VS, sondern in eine Förderschule (früher Sonderschule), wo es eine spezielle individuelle Förderung erhält. Bei Behebung der Sprachmängel ist ein späterer Umstieg in die VS möglich. Entsteht der Eindruck, dass sich das Kind (und die Eltern) bewusst weigert die deutsche Sprache zu erlernen, ist mit den Eltern Kontakt bezüglich einer raschen Rückkehr der Familie in das Herkunftsland aufzunehmen. Ist dies nicht möglich, soll die Auszahlung des Kinderbeitrags geldes eingestellt werden.

Die Feststellung ob ein Kind reif für die Volksschule ist, soll in mehreren Kompetenzgesprächen und Beobachtungen von einer Volksschullehrerin mit Unterstützung durch die Kindergartenpädagogin erfolgen. Dafür ist die Erstellung österreichweit einheitlicher Kriterien sehr wichtig! Sollte sich im ersten Semester der VS zeigen, dass das Kind noch nicht reif dafür ist, hat umgehend seine Rückstellung in die Vorschulklasse zu erfolgen, ohne die Einverständniserklärung der Eltern, die das fast immer ablehnen.

Es muss in Kindergärten und Volksschulen garantiert sein, dass weder religiös noch ideologisch beeinflusst wird! Vor der Einschulung von Kindern mit ungenügenden Deutschkenntnissen könnte der verpflichtende Besuch von Heranführungsklassen sinnvoll sein. Private Kindergärten, in denen aktiv Parallelgesellschaften gefördert werden, sind zu verbieten. Alle Kindertageneinrichtungen müssen einer regelmäßigen Qualitätskontrolle unterzogen und ihre pädagogische Qualität ständig verbessert werden. Sie sind ein wichtiger Ort, wo spielerisch ein Grundstein für die Ausbildung in der Elementarstufe gelegt werden muss, wo Integration und gemeinschaftliches Denken gelebt wird und altersgemäße

Sprachkompetenz in der deutschen Sprache als wesentliches Ziel erachtet wird. Die in Jahrhunderten gewachsenen Werte der europäischen Leitkultur aufgrund falsch interpretierter Toleranz zu ignorieren oder ganz abzulehnen, halten wir für gefährlich und gegenüber unseren Kindern für unverantwortlich.

Ein großes Problem ist die Überforderung vieler Kindergartenpädagoginnen, weil sie bei uns für Gruppen von bis zu 25 Kindern zuständig sind und das mit immer mehr fremdsprachigen Kindern! In Wien sind dies schon 62%! Im OECD-Schnitt betreut eine Kindergartenpädagogin nur höchstens 14 Kinder, in Schweden sind es gar nur sechs und in Deutschland höchstens 10! Vor allem in Wien gibt es einen großen Mangel an voll ausgebildeten Kindergartenpädagoginnen, was dazu führt, dass schlecht ausgebildete Hilfskräfte diese oft ersetzen müssen! Dies gilt vor allem auch für die vielen islamischen Kindergärten in Wien, wo das Erlernen der deutschen Sprache oft nur sehr mangelhaft ist. Dies bedeutet eine Katastrophe für den Eintritt in die VS.

2. Volksschule (VS, Grundschule)

Von sechs bis zehn Jahren besucht das Kind eine Volksschule (Primarstufe) oder eine Förderschule (früher Sonderschule). Deren Hauptaufgaben sind das Erlernen der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen. Das Erlernen deutschsprachiger Kinder- und Volkslieder und der österreichischen Heimatkunde ist gleichrangig; ebenso die tägliche Turnstunde. Für die Volksschüler der ersten und zweiten Klasse muss das Erlernen der Schreibrift ohne digitale Gerätschaften (Devices) erfolgen.

Zu den vorrangigen Erziehungszielen der Grundschule gehören die Festigung von Arbeitshaltungen wie Fleiß, Ausdauer, Form und Verlässlichkeit sowie die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung. Dabei ist die Anleitung zu sozialem Verhalten wie Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft und Kameradschaft ebenso wichtig wie die Hinführung zu einem Wertebewusstsein, in dem Ehrlichkeit, Sachlichkeit und Toleranz positiv besetzt sind.

Im Sinne der Chancengerechtigkeit darf es zu keiner Benachteiligung von Kindern kommen, welche die niedrig organisierten Kleinschulen auf dem Lande besuchen. Eine indexorientierte Ressourcenverteilung, die ausschließlich Wiener Volksschulen mit hohem Ausländeranteil zu Gute kommt, lehnen wir in diesem Zusammenhang ab.

Der Unterricht einer Fremdsprache hat keinen Platz in der VS. Für die immer mehr werdenden fremdsprachigen Schüler führt dies nur zu sprachlichen Irritationen! Um die Schüler zur Leistungsfreude zu animieren ist die durchgängige ziffernmäßige Beurteilung (eine zusätzliche verbale Beurteilung soll auf Wunsch der Schulpartner möglich sein) sehr wichtig. Eltern mit nichtdeutscher Muttersprache verstehen die verbalen Beurteilungen nicht. Es sollte der Lehrer alleine entscheiden dürfen, ob ein Kind von der 1. bis zur 3. Schulstufe zurückgestuft werden soll. Die Eltern stimmen dem leider nur selten zu, mit dem Ergebnis, dass das Kind bei einem Nichtgenügend die 4. Klasse wiederholen muss. Es wäre besser die Lerndefizite an der Basis zu reparieren! Mit einer Wiederholung der 4. Klasse sind die Defizite schon zu groß!

3. Förderschule von 6 bis 18 Jahren

Die Förderschule ist die Nachfolgerin der Sonderschule und deren Aufgabe ist die optimale schulische Förderung für jene Kinder, denen der Besuch von VS, NMS, Gymnasium usw. nicht zumutbar ist, da sie intensiven sonderpädagogischen Förderbedarf (SPF) haben, beziehungsweise aufgrund ihres Verhaltens zu den Risikoschülern gehören. Die Förderschule ist ein wichtiges Element unseres differenzierten Schulsystems. Die Klassenschülerhöchstzahl soll mit sieben Schülern begrenzt sein, wobei auf Lehrerwunsch auch eine Stützkraft beim Unterricht anwesend sein muss. Die eingestellten 12 Varianten der dreijährigen Ausbildung der Sonderschullehrer sind sofort wieder zu reaktivieren, um jedem Kind eine optimale schulische Förderung zu ermöglichen. Soweit es den Förderschülern aufgrund ihrer Behinderung möglich ist, muss mit ihnen die Vorbereitung für die Absolvierung einer Lehre oder einer anderen Ausbildung erfolgen. In Berufung auf die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre ist geistig begabten behinderten Jugendlichen auch eine schulische Ausbildung bis zur Matura zu ermöglichen.

4. Sekundarstufe 1

Die NMS ist als ein sehr teures und pädagogisch gescheitertes Schulmodell abzuschaffen. Es bieten sich zwei andere Modelle an: Entweder die Rückkehr zur ehemaligen Hauptschule mit drei Leistungsgruppen in den Schularbeitsfächern oder die Schüler jedes Jahrgangs werden in einem ersten und zweiten Leistungszug in getrennten Klassen geführt. Welche Variante gewählt wird, hängt im Sinne der Schulautonomie von einem Beschluss der Schulpartner ab. Für diesen Schultyp ist sowohl die Bezeichnung Hauptschule (HS) oder auch Mittelschule (MS) möglich. Wie bisher soll die Schulform den Schülern anschließend sowohl eine Lehre als auch den Besuch einer weiterführenden Höheren Schule oder einer Fachschule ermöglichen.

In unserem differenzierten Schulsystem soll das achtjährige Gymnasium die Schule der geistig frühentwickelten Hochbegabten sein.

Am Beginn des Sommersemesters der 4. Klasse VS erfolgt ein kombiniertes Aufnahmeverfahren um die Begabungen des Kindes festzustellen (= die Schulnachricht über das Wintersemester der 4. Klasse VS, zusätzlich ein Aufnahmetest, ein Aufnahmegespräch und eine Probezeit im Gymnasium bis Weihnachten). Eine wichtige Rolle spielt dabei die sogenannte Notenwahrheit! Die Lehrer werden immer häufiger in den 4. Klassen von den Eltern und Direktoren unter Druck gesetzt, auch schlechteren Schülern gute Noten zu geben. Mit den kombinierten Aufnahmeverfahren soll dieser Druck von den Lehrern genommen werden und nur geeignete Schüler im Gymnasium Aufnahme finden.

Der Übertritt von der NMS (früher Hauptschule) in ein Gymnasium ist grundsätzlich über Aufnahms- bzw. Einstufungsprüfungen zu ermöglichen. Der Übertritt vom Gymnasium an eine Mittelschule muss immer möglich sein.

In der Sekundarstufe 1 sollen die Schüler nicht nur eine digitale Grundbildung zur Erlangung der digitalen Kompetenz, sondern auch eine Aufklärung über den Informationsaustausch des Internets erhalten.

5. Sekundarstufe 2

a. Berufsförderungsjahr (früher PTS)

Für jene Schüler, die sich für eine Lehre entscheiden, gibt es das neunte Schuljahr als ein Berufsförderungsjahr in der Realschule, früher Polytechnische Schule (PTS). Die Schwerpunkte liegen in einer Verbesserung der Kenntnisse in Deutsch, Mathematik und Englisch sowie der Herausfindung des richtigen Lehrberufes. Dazu gibt es in der Schule eine Lehrwerkstätte und die sogenannte „Schnupperlehre“. Bei Nichterlangung des Klassenzieles ist eine Nachprüfung und bei deren Nichtbestehen eine Wiederholung dieses Schuljahres notwendig. Für Repetenten und Schüler, die als Immigranten nicht die neunjährige Pflichtschule besuchen, ist ebenfalls ein 10. Schuljahr möglich.

b. duale Ausbildung im Lehrberuf/Lehre mit Matura

Die duale Lehrlingsausbildung mit Berufsschule: Bedingt durch schlechte Schulreformen und eine Stigmatisierung des Handwerks als zweitklassiger Ausbildungsweg muss der hohe Stellenwert dieser Ausbildung besonders betont werden. Bei internationalen Wettkämpfen zeigt sich immer wieder die hohe Qualität unserer dualen Lehrlingsausbildung. Nachdem aber immer mehr Klagen von Berufsschullehrern bzgl. des sinkenden Niveaus der Berufsschüler vorliegen, sei die Wichtigkeit ihrer Vorbildung in der Sekundarstufe 1 besonders betont! Die Kosten der Ausbildung der Lehrlinge hat so wie in den Höheren Schulen und Fachschulen der Staat zu bezahlen. Dies würde bewirken, dass die Betriebe auch bereit wären wieder mehr Lehrlinge aufzunehmen und die staatlichen Lehrwerkstätten könnten geschlossen werden! Die Lehre mit Matura ab der 11. Schulstufe soll mit einem vierjährigen Kolleg sowohl bzgl. ihrer Quantität aber auch ihrer Qualität weiter entwickelt werden. Sie soll auch die Möglichkeit einer eingeschränkten Studierfähigkeit bieten. Die Voraussetzung für die Lehre mit Matura ist der Abschluss des ersten Berufsschuljahres mit gutem Erfolg.

c. Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS) - NOST

Mit der NOST (Neue Oberstufe) in den Gymnasien soll es ab der sechsten Klasse eine Semestrierung mit Zeugnis geben, statt der bisherigen Schulnachricht und dem Jahreszeugnis. Der Hauptzweck dieses Systems ist es, das Durchfallen und Wiederholen abzuschaffen. Bei einer negativen Semesternote soll im

kommenden Semester eine Nachtragsprüfung absolviert werden. Dies kann aber auch später bis zur Matura erfolgen. Diese Semestrierung ist für eine leistungsorientierte Bildung nicht zweckmäßig und daher zurückzunehmen. Durch dieses System besteht zusätzlich die große Gefahr, dass weniger Schüler die Matura schaffen als bisher. Zweifellos wird die Umsetzung des Systems der NOST sehr kompliziert sowie arbeitsintensiv. Es wird aber nicht dazu beitragen das Niveau unserer AHS zu verbessern. Ähnliche Probleme damit gibt es auch an den BHS! Der FLV-Ö lehnt daher dieses System der NOST ab und fordert weiterhin das Jahreszeugnis sowie das Wiederholen bei einem Nicht Genügend.

d. Langform fünfjährige AHS - BORG

Die fünfjährige AHS-Oberstufenform des BORG (Bundesoberstufenrealgymnasium) ist sehr wichtig für Schüler, die sich erst mit 14 Jahren für eine gymnasiale Schulform entscheiden. Für die Aufnahme in ein BORG müssen alle Kandidaten am Ende der 8. Schulstufe ein kombiniertes Aufnahmeverfahren bestehen. Da sich bei der schriftlichen Zentralmatura zeigt, dass von den BORG-Schülern deutlich mehr negativ abschneiden als von den achtjährigen Gymnasien, sollen alle BORGs von 4 auf 5 Jahre verlängert werden!

e. Berufsbildende Mittlere und Höhere Schulen (BMS u. BHS)

Ebensolche kombinierte Aufnahmeverfahren sind wichtig, wenn Schüler eine fünfjährige BHS absolvieren wollen oder eine drei- bis vierjährige BMS (Berufsbildende Mittlere Schule, z.B. HTL-Fachschule, Handelsschule). Die BMS dürfen nicht als Ersatz von jenen Jugendlichen gewählt werden, die keinen Lehrplatz bekommen! Die derzeitige Ausdünnung der Lehrpläne der HTL-Fachschule und deren Reduzierung auf höchstens dreieinhalb Jahre dienen offensichtlich dazu, Geld „einzusparen“. Dies muss entsprechend korrigiert werden! Zur qualitativen Aufwertung soll es für alle BMS (z.B. Handelsschule) eine vierjährige Ausbildungszeit geben. Die BHS sollen ihre Schüler befähigen, ohne weitere Ausbildung im mittleren Management produzierender und/oder kommerzieller Unternehmungen sowie von Dienstleistungsbetrieben tätig werden zu können, sowie ihnen im Rahmen einer vertieften Fachausbildung zur Studierfähigkeit verhelfen. Im Zuge ihrer Autonomie sollen die BHS verstärkt mit dem schulischen Umfeld kommunizieren und mit der Wirtschaft (Projekte, Praktika, Sponsoring) zusammenarbeiten.

Bereits vorgenommene lehrplanmäßige Kürzungen im Stundenausmaß der berufspraktischen Ausbildung an den BMHS (HTL, BAKIP/BafEP etc.) führen zu Qualitätsverlust und sind daher inakzeptabel und zurückzunehmen.

Der FLV-Ö bekennt sich grundsätzlich zur schriftlichen Zentralmatura, wobei diese noch nicht ausgereift ist. Es zeigt sich, dass die sogenannte zwanzigseitige „Vorwissenschaftliche Arbeit“ (AHS) sowie die „Diplomarbeit“ (BHS) den an sie gestellten hohen Erwartungen nicht entsprechen und in der Durchführung allerlei Schwindeleien ermöglichen. Sie sollen daher ersatzlos gestrichen werden. Die Kompensationsprüfungen bei negativer schriftlicher Matura sollen erst bei der mündlichen Matura erfolgen. Auch bei den Abwicklungsmodalitäten der mündlichen Matura und ihrer Vorbereitung sind noch Korrekturen notwendig.

6. Lehrerausbildung und das Lehrerdienstrecht

Die sogenannte neue Lehrerausbildung, wurde 2013 vom Parlament gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen. Die vierjährige Bachelor-Ausbildung für die Lehrer aller Schultypen mit einem anschließenden berufsbegleitenden Masterstudium bewirkt eine deutlich schlechtere Fachausbildung, vor allem für die Lehrer der Sekundarstufe 2 (AHS, BHS). Sie ist auf die Einführung der niveaulosen Gesamtschule zugeschnitten. Diese neue Lehrerausbildung muss daher unbedingt gestoppt werden und ebenso die Anwendung des damit verbundenen neuen Lehrerdienstrechts mit einer Reduzierung der Lehrergehälter. Die Fachausbildung für die zukünftigen Lehrer an den AHS und BHS muss weiterhin an den Universitäten als Masterstudium erfolgen. Das neue Lehrerdienstrecht fordert vor allem von den Lehrern an den AHS und BHS eine deutlich höhere wöchentliche Lehrverpflichtung. Dies muss korrigiert werden! Was sich an der bisherigen Lehrerausbildung bewährt hat muss bleiben, aber mit Verbesserungen

in der pädagogischen Ausbildung, wobei dies teilweise auch an pädagogischen Hochschulen erfolgen kann. Für die dreijährige Ausbildung der Pflichtschullehrer sollen weiterhin nur die pädagogischen Hochschulen (PHS) zuständig sein. Es soll aber mehr als bisher bezüglich der pädagogischen Eignung der Studierenden eine profilierte selektive Auswahl erfolgen.

7. Universitäten und Fachhochschulen

Lebenslanges Lernen auf allen Ebenen! Es ist die Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Ressourcen zu erhöhen. Durch Durchforstung der Studienpläne sind die Studienzeiten zu verkürzen. Gleichzeitig kann dabei eine Modernisierung der Lehrpläne erfolgen.

Die Arbeitssprache an den Universitäten hat grundsätzlich Deutsch zu sein.

Die zunehmende Verschulung der Universitäten ist abzulehnen, weil sie einerseits dem freien universitären Geist widerspricht und außerdem die Vereinbarkeit von Beruf und Studium zunehmend verunmöglicht.

Teil B des Schul- und Bildungsprogramms des FLV-Ö 2017

erstellt von Mag. S. Hinteregger, Mag. Dr. R. Stangl (BVFU Kärnten)

Gliederung

Grundsätzliche freiheitliche Positionen zum Thema Bildung und Schule	19
Das Bildungssystem nach Schultypen	21
1. Kindergarten und Primarstufe.....	21
2. Die Sekundarstufe I und II.....	22
2.1 Die Mittelstufe Neu	22
2.2 Die Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS).....	25
2.3 Berufsbildende Mittlere und Höhere Schulen	25
2.3.1. Mittlere Reife.....	26
3. Die duale Ausbildung im Lehrberuf / Lehre mit Matura.....	26
4. Universitäten und Fachhochschulen	27
5. Lebenslanges Lernen	28
Bildungsreform im Fokus -Ausblick auf aktuelle Entwicklungen im Schulwesen.....	29

Grundsätzliche freiheitliche Positionen zum Thema Bildung und Schule

Bildung ist ein elementarer Bereich in der Entwicklung einer reifen und toleranten Gesellschaft. Sie hat die Pflicht den Einzelnen bestmöglich seinen Stärken entsprechend in einem durchlässigen Schulsystem zu fördern, aber auch Werte und Problemlösungsstrategien zu vermitteln, die ihn unabhängig von Manipulationen selbständig und verantwortungsvoll der Gesellschaft gegenüber agieren lassen. Sie soll inhaltlich zukunftsorientiert sein, den Bedürfnissen einer globalen Welt und einem immer komplexeren Arbeitsmarkt entsprechen. Dabei ist es auch notwendig sie laufend zu evaluieren und auf ein zeitgemäßes Niveau anzugleichen, welches den veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung trägt.

Bildung auf jedem Niveau (vom Kindergarten bis zur Universität) darf nicht für politische und ideologische Manipulationen jeglicher Art missbraucht werden, muss aber humanitäre und ethische Werte beinhalten. Es ist die Aufgabe der Schule, eine Priorität der säkularen Bildung auch für die Zukunft zu gewährleisten und Werte wie Demokratie, Gleichberechtigung, Liberalität und Toleranz für alle zu vermitteln. Es ist nicht die Aufgabe des österreichischen Staates, einen verpflichtenden Religionsunterricht für alle anerkannten Religionsgemeinschaften anzubieten und zu finanzieren. Da Religionsausübung eine private Angelegenheit ist, sollte man sich in Zukunft auf die Vermittlung von humanistischen sowie kulturellen europäischen Traditionen und Werten beschränken, welche für alle Schüler herkunftsunabhängig gleichermaßen wichtig sind. Dadurch können auch Integrationsbemühungen erleichtert und religiös fundamentalistische Beeinflussungen sowie islamistische Prägungen verhindert werden.

Das Thema Leistung muss wieder mehr in den Vordergrund rücken, wobei dies nicht mit Leistungsdruck zu verwechseln ist. Österreich braucht in der Bildungspolitik grundsätzlich wieder mehr Leistungsdenken und eine Förderung der Leistungsbereitschaft. Gleichzeitig muss durch modernen, qualitativ verbesserten Unterricht die Freude am Lernen und die Motivation der Schüler gesteigert werden. Forschergeist, Neugierde am Lernen und Leistungsförderungen durch Forderung des Einzelnen und des Teams müssen

mehr gelebt werden, um auch in Zukunft eine Gesellschaft zu garantieren, die den kommenden Herausforderungen gewachsen sein wird.

Es ist an der Zeit der ideologischen, sozialdemokratisch geprägten Bildungspolitik, orientiert an Gendertheorien und Nivellierungsbedürfnissen, ein Ende zu bereiten und Parteipolitik aus den Schulen zu verbannen. Dies gilt für die ideologische Beeinflussung der Jugendlichen, aber auch für die Bestellung der Direktoren, die nicht in der Geiselhaft politischer Interessen gefangen sein dürfen. Deshalb ist nach einem Auswahlverfahren, dass objektiven Kriterien unterworfenen sein muss, eine Befristung der Schulleitungsfunktion, die bei erfolgreicher Führung der Schule verlängert werden kann, sinnvoll. Eine Evaluierung der Schulleiter von ihren Lehrerteams in Bezug auf Teamführung und Leitungskompetenz sollte regelmäßig erfolgen und Feedbackmöglichkeiten beinhalten.

Die Schule als Institution soll schulautonome, standortsbezogene Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Lehrpläne haben. Es sollte bei der Lehrerrekutierung das Leistungsprinzip, die Qualifikation, die Erfahrung im Beruf, die Altersstruktur (fachlicher Austausch junger und älterer Kollegen ist immens wichtig!) sowie der Bedarf am Standort eine wesentliche Rolle spielen und zumindest eine Mitentscheidung des Schulleiters gewährleistet sein. Zusatzqualifikationen sowie eine überdurchschnittliche Bereitschaft, Fortbildungsangebote zu nutzen und im Berufsalltag einzubauen, sollten einen positiven Einfluss auf Stellenvergaben und Gehaltsvorrückungen haben, wobei eine transparente Handhabung gewährleistet sein muss. Die Direktoren sollen die Hauptverantwortung für die Schulqualität an ihren Standorten tragen.

Wir Freiheitlichen Lehrer sprechen uns für eine Ausrichtung der Ferienordnung nach pädagogischen Kriterien aus. So wäre die Verkürzung der Sommerferien um eine Woche (einheitlicher Österreich weiter Schulbeginn am ersten Montag des Septembers) und eine generelle Österreich weite Einführung von Herbstferien (zwischen Nationalfeiertag und Allerseelen) eine Möglichkeit im Sinne der Schüler, eine Unterbrechung einer sehr intensiven Lernphase zu schaffen und bessere Leistungen zu erzielen. Die Verlängerung der Osterferien auf zwei Wochen (Ausdehnung bis zum Wochenende nach dem Ostermontag) und eine familienfreundliche, sowie die Belange der Berufsausbildung berücksichtigende Ausrichtung der schulautonomen Tage würden zu einer sinnvolleren Gestaltung der jährlichen Ferienordnung führen.

Es ist notwendig, dass der Stellenwert des Lehrers im Bildungsprozess wieder angehoben wird. Respekt gegenüber dem Lehrer und diszipliniertes Verhalten sind wesentliche Faktoren für das Gelingen von Unterricht. Leider haben beide durch sozialistische Bildungspolitik massiv gelitten und die Rechte der Schüler und die Beeinflussungsmöglichkeiten durch Eltern zu sehr in den Fokus gerückt.

Die Lehrer brauchen die Unterstützung und den Respekt der Gesellschaft, um motiviert und mit Freude zum Wohle der Schüler handeln zu können. Damit Schule gelingt, bedarf es weiters einer engen Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Eltern und Schülern. Die Eigenverantwortlichkeit der Schüler für den persönlichen Schulerfolg muss wieder ins Zentrum des Interesses gerückt werden. Jeder Schüler, egal welcher sozialen Herkunft, hat es selbst in der Hand, schulischen Erfolg mit der Unterstützung der Lehrer zu erreichen (selbst wenn Bildungserwerb im Elternhaus einen geringen Stellenwert hat), dies jedoch unter der Voraussetzung, dass die Bedingungen der persönlichen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft erfüllt sind.

Das Bildungssystem nach Schultypen

1. Kindergarten und Primarstufe

Kindertageneinrichtungen und Volksschulen bilden ein wesentliches Fundament in der psychischen und sozialen Entwicklung eines Kindes. In diesem Bereich herrscht eine ausnahmslos hohe Verantwortung für die positive Entwicklung des Kindes, welcher kindgerecht mit viel sozialer Kompetenz und Verantwortung begegnet werden muss.

Als Freiheitliche Lehrer sehen wir diesen Altersbereich deshalb als so sensibel an, weil er sehr stark prägend ist und die Basis für die weitere Entwicklung des Kindes bildet. Es ist notwendig, dass gerade in Kindergärten auf die gesellschaftlichen Entwicklungen Bedacht genommen wird. Wir stehen zum verpflichtenden letzten Kindergartenjahr, stellen uns aber gegen eine generelle Verpflichtungserweiterung für alle Kinder, da die Erziehungspflicht in diesem Alter zum großen Teil der Familie übertragen bleiben soll. In individuellen Fällen (z.B. zur Sprachförderung) mag dies nach verlässlicher diagnostischer Abklärung sinnvoll sein. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen soll mit bedarfsorientierten Öffnungszeiten ermöglicht werden. Letztendlich muss es aber im Entscheidungsbereich der Familie bleiben, ob einer der Elternteile zu Hause an der Erziehung des Kindes hauptberuflich wirken möchte.

Es muss in Kindergärten und Volksschulen garantiert sein, dass weder religiös noch ideologisch beeinflusst wird! Vor der Einschulung von Kindern mit ungenügenden Deutschkenntnissen könnte der verpflichtende Besuch von Heranführungsklassen sinnvoll sein. Private Kindergärten, in denen aktiv Parallelgesellschaften gefördert werden, sind zu verbieten. Alle Kindertageneinrichtungen müssen einer regelmäßigen Qualitätskontrolle unterzogen und ihre pädagogische Qualität ständig verbessert werden. Sie sind ein wichtiger Ort, wo spielerisch ein Grundstein für die Ausbildung in der Elementarstufe gelegt werden muss, wo Integration und gemeinschaftliches Denken gelebt wird und altersgemäße Sprachkompetenz in der deutschen Sprache als wesentliches Ziel erachtet wird. Die in Jahrhunderten gewachsenen Werte der europäischen Leitkultur aufgrund falsch interpretierter Toleranz zu ignorieren oder ganz abzulehnen, halten wir für gefährlich und gegenüber unseren Kindern für unverantwortlich.

Der Zugang zur AHS ist nur mittels Aufnahmeverfahren oder Eignungsprüfung (bei ausgewiesener Spezialisierung) zu erreichen.

Im Bildungsbericht 2015 wird kritisiert, dass dem selbständigen Erarbeiten von Inhalten und der individuellen Förderung der Kinder an den Volksschulen zu wenig Augenmerk geschenkt wird. Wenn man bedenkt, dass in Wien gegenwärtig 56% Kinder nicht-deutscher Muttersprache unterrichtet werden (Österreich weit beläuft sich derzeit der Schnitt auf 27%), dann ist von einer Segregation, einer Ungleichverteilung der Schüler unterschiedlicher Herkunft zu sprechen, welche dringend ausgeglichen werden muss, damit der Unterricht für alle Kinder effizient sein kann. Zusätzliches pädagogisches und psychologisches Unterstützungspersonal muss dafür rekrutiert werden. Es ist an bestimmten Standorten absolut notwendig das DAZ-Kontingent (Deutsch als Zweitsprache) in einer flexiblen und bedarfsorientierten Form auszuweiten. Eine indexorientierte Ressourcenverteilung, die ausschließlich Wiener Volksschulen zu Gute kommt, lehnen wir in diesem Zusammenhang ab.

Eine Offensive zur Steigerung der Lesekompetenz und der Fertigkeiten im Fach Mathematik ist aufgrund der letzten PISA Studien dringend zu starten, da die Probleme in der Elementarausbildung unweigerlich Einfluss auf die Arbeit an den weiterführenden Schulen haben. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig festzustellen, dass Deutsch die dominierende Schul- und Unterrichtssprache (außer im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts) sein muss und einen zentralen Beitrag zur Integration leistet. Zum Themenbereich Integration, Chancengleichheit und Schule als angenehmer und gewaltfreier Ort der Wissensvermittlung und des Wissenserwerbs soll auch die schulautonome Möglichkeit der Einführung von individuell gestalteter Schulkleidung mehr ins Bewusstsein rücken. Diese vor allem im englischsprachigen Raum sehr verbreitete Tradition hat bewiesenermaßen zu einer verstärkten Identifikation mit der eigenen Schule und zu einer Reduktion des Drucks auf Jugendliche und Eltern, viel Geld für teure Markenkleidung zu investieren, geführt. Dies geht einher mit einem stärkeren Bewusstsein der Bedeutung ethischer

Wertehaltungen. Durch diese in der Hausordnung inkludierte Regel würde man auch den Druck auf Mädchen vor allem mit muslimischem Hintergrund nehmen, religiös determinierte Kleidung auf Forderung des Elternhauses tragen zu müssen. Es wird dadurch zumindest in der Schule ein gewisser Rahmen für Integration gegeben, der es auch den Lehrern erleichtern würde, Maßnahmen im Sinne der Schüler durchzusetzen.

Zusätzliche Werteinheiten für Integration und therapeutische Maßnahmen zur Behebung von Legasthenie- und Dyskalkulieproblemen sollten an den Schulstandorten angeboten werden. Wir sprechen uns auch für eine Lockerung der Schulsprengel aus, woraus ein freier Wettbewerb der Schulen und eine Qualitätssteigerung resultieren würden. Die schulischen Strukturen im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben, da die Bedeutung der Schule auch für das kulturelle und gemeinschaftliche Zusammenleben in den Gemeinden nicht zu unterschätzen ist.

Eine Anhebung der Unterrichtszeit und die generelle Einführung der Ganztageschulen in verschränkter Form (das heißt mit verpflichtender Nachmittagsbetreuung) lehnen wir ab. Ein Angebot für die Nachmittagsbetreuung erachten wir jedoch als wichtig. Diese sollte bis 18.00 Uhr möglich sein, aber nicht in verschränkter Form für alle Kinder verpflichtend sein. Dies auch aus dem Grund, weil die Verbindlichkeit den Familien die Planung gemeinsamer Aktivitäten unter der Woche untersagen und Rechte bezüglich der Erziehung ihrer Kinder wegnehmen würde.

Der generellen Abschaffung der Ziffernnoten stehen wir ablehnend gegenüber, die lernförderliche und kompetenzbasierte Leistungsbeurteilung als Ergänzung erachten wir jedoch als sinnvoll. Es ist notwendig, insbesondere bei Lernproblemen auch auf die Verpflichtung der Eltern hinzuweisen, Informationen zum Leistungsstand ihrer Kinder bei den Lehrkräften einzuholen und die Lehrkräfte bei eventuellen Forderungen gezielter Maßnahmen (z.B. Förderunterricht) zu unterstützen. Dies sollte als bindende Vereinbarung zwischen den Eltern und der Schule gestaltet werden und bei wiederholtem Ignorieren der Aufforderung auch rechtliche Schritte nach sich ziehen können. Autonome Schwerpunktsetzungen vor Ort sollen im Rahmen von Schulentwicklungskonzepten ermöglicht werden.

Eine Abschaffung der Sonderschulen ist nicht begrüßenswert, da nur am individuellen Fall entschieden werden kann, welche Förderung in welcher Form (in einem Klassenverband oder getrennt in Kleingruppen) sinnvoll ist. Die Inklusion für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist unter geeigneten Rahmenbedingungen zu ermöglichen, d.h. wenn ausreichendes Lehr- und Assistenzpersonal gewährleistet ist und kein Kind ohne Beeinträchtigung benachteiligt wird.

Schulbücher stellen ein wesentliches Unterrichtsmittel dar und dürfen nicht zum ideologischen Werkzeug werden. Probleme im Textverständnis, welche insbesondere im Pflichtschulbereich durch Studien evident geworden sind, werden durch geschlechtergerechte Sprache noch verstärkt. Dies ist eine didaktische Problematik, die revidiert werden sollte. Auch inhaltlich fällt zunehmend eine Ideologisierung der Schulbücher unter dem Deckmantel der Erziehung und Bildung auf.

Wir Freiheitlichen Lehrer bekennen uns zum Ziel, dass jeder Schüler, gleichgültig welcher Herkunft, die Möglichkeit bekommen muss, sich kritisch und unvoreingenommen mit Inhalten auseinanderzusetzen und nicht manipuliert zu werden.

2. Die Sekundarstufe I und II

2.1 Die Mittelstufe Neu

Seit dem Schuljahr 2015 sind alle ehemaligen Hauptschulen Österreich weit zu Neuen Mittelschulen umgestaltet worden. Es ist bemerkenswert, dass ihre gesetzliche Verankerung im Regelschulwesen im Jahre 2012 vor dem ernüchternden NMS-Bericht erfolgt ist. Es hat sich herausgestellt, dass dieses Projekt unverhältnismäßig hohe Kosten verursacht hat, was ihre Einführung gegenüber der Hauptschule, die drei Leistungsgruppen in den Hauptfächern Deutsch, Mathematik und Englisch vorsieht, nicht rechtfertigt.

Die Idee basiert auf einem idealistischen pädagogischen Konzept, welches proklamiert, dass Teamteaching in den genannten Fächern zu einer effektiven Umsetzung der individuellen Förderung der Schüler führt.

Innere Differenzierung in einer inhomogenen Gruppe sollte das erfolgreichere Modell der räumlichen leistungsbezogenen Differenzierung in Leistungsgruppen ersetzen. Vor allem sehr leistungsschwache Schüler können derzeit in diesem Gesamtverband nur unzureichend gefördert werden. Es gibt keine Studie, die belegt, dass jeder einzelne Schüler mit seinen entsprechenden Leistungskapazitäten in einer inhomogenen Gruppe besser gefördert werden kann als in einer homogenen und dass eine zusätzliche Lehrperson tatsächlich einen Ausgleich in diesem System herstellen kann. Es ist möglich, dass diese Bedingung in einem sehr eng kooperierenden erfahrenen Team mit einer idealen Durchmischung der Schüler bezüglich der Lernkapazitäten zu ähnlichen Ergebnissen wie in räumlich getrennten Leistungsgruppen führen kann. Betrachtet man jedoch die Probleme in Ballungsräumen, wo ein großer Teil der Kinder sprachliche und leistungsmäßige Defizite aufweist, dann sind keine Idealbedingungen der gegenseitigen Befruchtung mehr gegeben und das Niveau sinkt generell. Es ist daraus zu schließen, dass eine individuelle Förderung in kleinen homogenen Gruppen am ehesten möglich ist. Im Zuge einer ernst gemeinten Schulautonomie sollte auch die Frage nach den idealen Methoden (um alle Schüler eines Standortes bestmöglich zu fördern) am Standort selbst vom Schulleiter unter Einbeziehung der Schulpartner entschieden werden.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die derzeitige Handhabung der Leistungsbeurteilung. In den ersten beiden Jahrgängen gibt es nur fünf Noten, was dazu führt, dass sehr leistungsschwache Kinder zumeist kaum positive Noten im schriftlichen Bereich erreichen können. Da es nicht erwünscht ist, Kinder eine Klasse wiederholen zu lassen, wird ein Ausgleich über eine Vielzahl an anderen Mitteln einer förderlichen Leistungsbeurteilung herangezogen, um solchen Kindern doch noch ein positives Abschneiden zu ermöglichen. Diese tragen jedoch dann ihre Defizite in die nächst höheren Klassen mit und finden sehr oft leistungsmäßig keinen Anschluss mehr, was nur demotivierend wirken kann. In den beiden letzten Klassen soll derzeit eine siebenteilige Notenskala und eine Unterscheidung zwischen „vertiefenden“ und „grundlegenden“ Leistungen gemäß genau definierter Kompetenzbereiche Validität schaffen. Zum Erreichen einer grundlegenden positiven Note sind bei Vorlage der gleichen Schularbeit für alle Schüler, die nach unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad zu differenzieren ist, weniger als 30% der bestmöglichen Leistung an vielen Standorten ausreichend. Für die Berechtigungen zum Besuch einer weiterführenden höheren Schule ist ein „Genügend“ im vertiefenden Bereich adäquat. Dies hat zwar zu mehr Aufnahmen an allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen in den ersten Klassen gegenüber der alten Hauptschule geführt, aber nicht zu einem erfolgreicherem Besuch über dieses erste Jahr hinaus. Das bedeutet, dass derzeit zwar mehr Berechtigungen vergeben werden, diese jedoch vielfach nicht dem tatsächlichen Leistungspotenzial der Schüler entsprechen. Es hat sich gezeigt, dass auch die bislang sehr erfolgreichen berufsbildenden höheren Schulen nur mit Mühe einem leistungsmäßigen Qualitätsverlust entgegenwirken können. Dies auch deshalb, da die Gruppen zunehmend inhomogener werden und innere Differenzierung bei sehr hohen Schülerzahlen für das Lehrpersonal kaum durchführbar ist.

Da sich das System der Neuen Mittelschule

- nur als bedingt effizient für die individuelle Förderung herausgestellt hat,
- eine gemeinsame Schule der 10 – 14jährigen aufgrund der Heterogenität und der Probleme an vielen österreichischen Schulen nicht realisierbar ist,
- dieses System zudem sehr teuer ist und eine Kooperation mit Lehrkräften Höherer Schulen (kein AHS-Standort ist für eine Kooperation bereit) nicht flächendeckend möglich ist,

fordern wir die schulautonome Möglichkeit einer Rückführung auf das bewährte System der räumlichen leistungsbezogenen Differenzierung in Leistungsgruppen.

Die frühere Handhabung ist vor allem an problematischen Standorten dem derzeitigen System vorzuziehen und gewährt eine höhere Effizienz, da dort eine ideale Durchmischung der Schüler meist nicht gewährleistet ist. Es ist allerdings notwendig, die Durchlässigkeit der Jahrganggruppen zu garantieren, die Ergebnisse einem regelmäßigen Evaluierungsprozess zu unterziehen und individuelle Fördermaßnahmen einzusetzen, wobei das Ziel sein muss, den Schüler in die nächst höhere Leistungsgruppe zu führen.

Es ist unbestritten, dass an bestimmten Standorten reformpädagogische Konzepte sehr engagiert und effizient zum Einsatz kommen, welche auch mustergültige Ergebnisse erzielen. Diese Schulen sollten

weiterhin die Möglichkeit haben, bestmöglich im Sinne ihrer Schüler zu wirken und optimal individuelle Leistungen zu fördern. Ihre pädagogischen Erfolgsrezepte sollten in der Lehrerfortbildung Widerhall finden. Eine Weiterentwicklung pädagogischer und didaktischer Konzepte ist für die Entwicklung unserer Schulen außerordentlich wichtig.

Nur eine Zukunftsvision, welche die Schule in positiver und couragierter Entwicklung (nicht als Baustelle wie derzeit) sieht, wird zum Wohle aller Beteiligten die Abwärtsspirale stoppen können.

Das Argument, die NMS habe Konzepte der modernen Pädagogik eingeführt und rechtfertige deshalb ihre Existenz, lassen wir nur sehr bedingt gelten. Fortbildung im Bereich der modernen Pädagogik und deren Reflexion für den eigenen Unterricht sollte für jede Lehrkraft (egal welchem Schultyp sie zuzuordnen ist) im Rahmen der persönlichen beruflichen Entwicklung eine Selbstverständlichkeit sein. Auch Maßnahmen, welche ein soziales Verhalten verbessern sollen, sind bereits an den AHS und BHS Teile des bestehenden Lehrplans (z.B. Fach SOPK - Sozial- und Personalkompetenz). Das Verhältnis Lehrer-Schüler hat sich durch diese Bewusstmachung und einen einhergehenden Sensibilisierungsprozess nicht nur an den NMS verbessert. Letztendlich liegt es an der Lehrerpersönlichkeit selbst und an ihrer Fähigkeit den Klassenverband zu führen, ob Unterricht gelingt, gleichgültig welche Methode gewählt wird. Engagierte Verfechter der NMS waren sogar der Meinung, dass der Lehrperson nur mehr eine sehr geringe Funktion zukäme, was absolut falsch ist! Im Gegenteil, die wachsenden sozialen Probleme an Österreichs Schulen fordern die Lehrerschaft stärker als je zuvor.

Der Einsatz unterschiedlicher Methoden in der Planung und Umsetzung der Unterrichtssequenzen ist eine Notwendigkeit, um den unterschiedlichen Lerntypen zu entsprechen. Auch eine laufende verpflichtende Fortbildung (wenn möglich in der unterrichtsfreien Zeit) im Bereich der allgemeinen und fachspezifischen Methodik und Didaktik muss von jedem Lehrer eingefordert werden, um die Unterrichtsqualität zu erhöhen.

Wie an den Volksschulen gilt auch in diesem Bereich, dass vor allem in den Ballungsräumen der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Nicht-Deutscher Muttersprache eklatant hoch ist. Damit diese Probleme für alle Beteiligten effizient und zufriedenstellend in den Griff zu bekommen sind und um auch leistungsstärkere Schüler fördern zu können, bedarf es hoher Kompetenz und emotionaler Intelligenz der Lehrer, aber auch einer Bereitstellung ausreichender Ressourcen in der Form von externem Personal. Ebenso ist der vermehrte kompetente Einsatz moderner Medien schultypenadäquat und in moderater Form zu gewährleisten, wofür selbstverständlich auch eine Fortbildungsoffensive gestartet werden muss.

Ein wesentlicher Teil des pädagogischen Konzepts der NMS beinhaltet, dass leistungsstarke und leistungsschwächere Kinder einander leistungsmäßig und sozial bereichern können. Dies erfordert eine divergente Mischung an Schülern bezüglich Leistungsfähigkeit, sozialem, ethnischen und muttersprachlichem Hintergrund. Dies ist einer der Gründe, warum der Evaluierungsbericht eklatante Qualitätsunterschiede für Standorte am Land und in Ballungsräumen ausweist. Auch im Bereich der NMS gilt es Segregation durch gezielte Maßnahmen entgegenzuwirken. Heranführungsklassen zum Erwerb der deutschen Sprache könnten auch hier eine Möglichkeit darstellen die Problemstandorte zu entlasten.

Wir sind dagegen, dass die AHS Unterstufe in Konkurrenz zur NMS steht. Eine qualitative Verbesserung würde auch eine Beseitigung der geltenden Praxis bringen, Lehrer in Fächern einzusetzen in welchen sie nicht geprüft sind. Dies ist an der AHS nicht üblich.

Ebenso ist es abzulehnen, ein verkürztes Erreichen der Schulpflicht in Crashkursen für Migranten mit geringen Deutschkenntnissen zu forcieren. Damit ist die Gleichbehandlung junger Menschen im Hinblick auf Arbeitsmarktchancen nicht mehr gegeben.

Die zuvor benannten Entwicklungen tragen dazu bei, dass entgegen sozialistischen Überzeugungen dem Privatschulwesen wieder verstärkte Bedeutung zukommt. Wir sind jedoch der Meinung, dass die Schule ein Ort sein muss, wo sich jeder wohlfühlt, entsprechend seinen Leistungen, Stärken und Interessen methodengerecht gefördert wird und eine positive persönliche Entfaltung erlebt. Dies in einem bewährten

öffentlichen Schulsystem zu erreichen und selbiges zu bewahren, ist ein wesentliches Ziel für Chancengleichheit.

2.2 Die Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS)

Die Freiheitlichen Lehrer bekennen sich zum Erhalt der Gymnasien als achtjährige Langform und zu deren Ziel, leistungsstarke sowie interessierte Schülerinnen und Schüler durch Schwerpunkte auf eine akademische und wissenschaftliche Ausbildung vorzubereiten. Da die AHS Unterstufe aufgrund massiver Probleme in den NMS im Bereich der Ballungsräume in starker Konkurrenz zur NMS steht und der Druck auf die Gymnasien, leistungsschwache Schüler aufzunehmen, massiv steigt, sollte die Einführung einer Aufnahmeprüfung wieder angedacht werden.

Da Kinder gerade in dieser Phase enorme Entwicklungssprünge vollziehen, ist es für einen großen Teil der Schüler sinnvoll, der Leistungskonkurrenz durch leistungsstarke Kinder nicht ausgesetzt zu sein, da eine solche demotivierend wirken kann. Für ihre Entwicklung ist es besser eine moderate Steigerung der Anforderungen sowie eine allgemeinere und breitgefächerte Ausbildung zu genießen.

An den AHS könnten durch die Schaffung homogener Gruppen mehr Leistung gefordert, mehr Schwerpunkte gesetzt und bessere Ergebnisse erzielt werden. Derzeit erfolgt nach der Unterstufe aus den AHS eine sehr starke Abwanderung in die berufsbildenden Institutionen. Die Schülerzahlen in den Oberstufen sind deshalb gering. Die verstärkte Positionierung der AHS in Richtung wirklich umfassender und nachhaltiger Allgemeinbildung ist anzustreben.

Im Mittelpunkt der Ausbildung sollte die individuelle Talentförderung stehen. Die Einführung der Zentralmatura hat das Problem des „Teaching to the Test“ und die Ignoranz der individuellen Talentförderung erhöht, ebenso wie die beschlossene Neue Oberstufe, wonach jedes Semester in allen Kompetenzmodulen positiv bewältigt werden muss. Der Vergleich mit anderen Schulsystemen zeigt, dass man individuelle Stärken besser fördern kann, indem man den Druck auf die Schüler in allen Fächern Maturaniveau erreichen zu müssen, wegnimmt. Ein Kurssystem in den letzten beiden Schuljahren mit speziellen leistungsfördernden individuellen Schwerpunktsetzungen zur Vorbereitung auf ein akademisches Studium, wie es etwa in Bayern (welches über ein international anerkanntes Bildungsniveau verfügt) vorzufinden ist, wäre eine sehr gute Variante.

Das Angebot an Auswahlmöglichkeiten nach Neigungen und Interessen würde gleichzeitig zu einer Motivationssteigerung unter Schülern sowie Lehrern führen. Absolut notwendig wäre eine Erweiterung des Lehrplans der AHS um den verpflichtenden Gegenstand „Wirtschaftslehre“, der aufgrund seiner Wichtigkeit vom Gegenstand „Geographie“ losgekoppelt werden sollte.

Im Parteiprogramm der SPÖ findet sich unter Punkt III.9.5 folgender Satz: "Das Prinzip des gemeinsamen Lernens muss vor dem der individuellen Leistung stehen." Diesem treten wir entschieden entgegen, da es auch historisch gesehen sehr oft individuelle Leistungen waren, die besonders herausragend waren, dies besonders im Bereich der technischen Innovation und Wissenschaft. Die Arbeit im Team ist zumindest gleichrangig zu bewerten.

2.3 Berufsbildende Mittlere und Höhere Schulen

Derzeit besucht der Großteil der österreichischen Oberstufenschüler eine BHS, deren Angebot über Handelsakademien, HTbLAs, HLWs, BAfEPs bis zu Tourismusschulen reicht und ein Erfolgsmodell ist.

Die erfolgreiche berufspraktische Ausbildung an den BMHS muss fortgesetzt und ständig durch Kooperationen mit der Wirtschaft verbessert werden. Derzeitige Tendenzen einer Vereinheitlichung des Schulwesens mit der anstehenden Bildungsreform dürfen nicht auf Kosten der Qualität der Ausbildung gehen. Bereits vorgenommene lehrplanmäßige Kürzungen im Stundenausmaß der berufspraktischen Ausbildung in den BMS (z.B. HTL) gehen jedoch automatisch mit einem Qualitätsverlust einher. Dies ist inakzeptabel.

Die bestehenden Lehrpläne müssen regelmäßig unter Einbeziehung von Expertenmeinungen aus der Wirtschaft evaluiert und modernisiert werden. Um die Aktualität des vermittelten Unterrichtsstoffes zu garantieren, sollten Fortbildungsprogramme für Lehrende in berufspraktischen Fächern entsprechend des Schwerpunktes in Industriebetrieben, im Bank- und/oder Firmenbereich oder Forschungssektor der Universitäten stattfinden. Derzeit ist das Ausbildungsangebot im berufspraktischen Bereich unterrepräsentiert.

Seit dem Schuljahr 2015/16 wurde die schriftliche Reife- und Diplomprüfung (sRDP) auch an den Berufsbildenden Höheren Schulen implementiert. Insgesamt ist dieses Projekt im Sinne einer Vergleichbarkeit der Absolventen auf internationalem Niveau als positiv zu bewerten. Im Sinne einer Chancengleichheit müsste aber auch die Wochenstundenanzahl in Fächern wie Englisch und Mathematik für alle BHS-Schüler ident sein. Derzeit haben z.B. Schüler an HTLs ein Drittel weniger Stunden im Fach Englisch als Schüler an HAKs. Auch für die Lehrer bedeutet dies ein Drittel an mehr zu betreuenden Klassen und einen erheblich erhöhten Korrekturaufwand, um im Sinne der Schüler einen Ausgleich herzustellen. Dies ist eine Ungleichheit, welche ausgeglichen werden muss.

Es ist im Weiteren (realistisch betrachtet) kaum möglich das derzeitige vorgegebene Niveau zu halten, wenn man auch Maturakandidaten in Kollegs, Abendschulen und der Lehre mit Matura einer Absolvierung der sRDP unterwerfen möchte, wie dies bereits beschlossen ist. Eine erhöhte Ausfallsrate in diesem Bereich würde wohl seitens des Bundesministeriums nicht toleriert werden. Dies zeigt, dass die derzeitige Entwicklung der Gleichmacherei unter dem Deckmantel der Chancengleichheit in Wirklichkeit unaufrichtig und für die Bildungspolitik insgesamt nicht förderlich ist.

2.3.1. Mittlere Reife

Vergleichbar mit der deutschen „Mittleren Reife“ und dem britischen „GCSE Exam“ sollte es nach Beendigung der 9. Schulstufe sowohl für Schüler, die eine Ausbildung an einer AHS, BMS oder BHS abbrechen, als auch für Lehrlinge die Möglichkeit geben, eine Prüfung zur Feststellung der Mittleren Reife zu absolvieren.

Nach Abschluss der Berufsorientierungsstufe (derzeit polytechnische Schule bzw. PTS) und nach dem Besuch eines Kurses parallel zur Lehre – so wie auch die Maturavorbereitung parallel erfolgt – sollen Lehrlinge diese Prüfung auf freiwilliger Basis absolvieren können. Für die Wirtschaft ist eine bessere Ausbildung der Lehrlinge mit den daran gekoppelten erhöhten Karrierechancen unerlässlich.

Das Examen zur Mittleren Reife soll allgemeinbildende Kompetenzen, die als Bildungsstandards klar definiert werden müssen, beinhalten und auch den Vorteil der Anrechenbarkeit auf Prüfungsfächer im Rahmen der Studienberechtigungsprüfung haben (z.B. im Fach Deutsch).

Mit dieser Möglichkeit einer Zwischenprüfung wird die Einbahnstraße unterbrochen, die bis dato durch die falsche Schulwahl oder leistungsmäßige Überforderung entsteht.

3. Die duale Ausbildung im Lehrberuf / Lehre mit Matura

Die duale Ausbildung ist eine wesentliche Errungenschaft und qualitativ im internationalen Vergleich einzigartig. Sie hat sich außerordentlich bewährt. Jahrzehntelange sozialistische Schulpolitik hat den Lehrberuf als minderwertig abgestuft, wodurch das Leistungsniveau vieler Ausbildungswilligen deutlich gefallen ist. Diesem Trend haben die Freiheitlichen durch die Einführung des Modells der Lehre mit Matura in Kärnten, welches mittlerweile Österreich weit übernommen wurde, erfolgreich entgegengewirkt. Der Stellenwert des Lehrberufs muss wieder angehoben werden und seine Bedeutung für die wirtschaftliche und technische Entwicklung unseres Landes herausgestrichen werden. Auch die Chance auf Karrieremöglichkeiten nach Abschluss einer Lehre muss wieder mehr in den Fokus rücken. Die Lehre mit Matura und die Berufsreifepfung sind wesentliche Forderungen der Freiheitlichen. Zusätzlich sollte man im Sinne einer Qualitätssteigerung die Teilnahme der Lehrlinge, aber auch der Gesellen und Meister an internationalen Austauschprogrammen fördern.

Ergänzend zur Lehre soll der Erwerb weiterer Qualifikationen möglich sein, die zu einer Berufsmatura und zu einschlägigen Fachhochschulstudien führen können.

Es ist grundsätzlich positiv, dass Österreich seinen Beitrag zu einem Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) leistet, welcher dem Ziel eines übergeordneten Europäischen Qualifikationsrahmens Rechnung trägt. In acht Stufen sollen Kompetenzen auf europäischem Niveau vergleichbar gemacht werden. Dies würde eine deutliche Aufwertung des Gewerbeisters in selbständiger Tätigkeit mit sich bringen (Stufe 6) und somit die Karrierechancen sowie die Wertigkeit der Ausbildung erhöhen. Eine Aufwertung des nicht akademischen Baumeisters auf die Stufe 7, welche ihn auf den Rang eines Diplomingenieurs, Magisters oder Masters hebt, ist beachtlich und stellt auch ein attraktives Angebot dar, um in diese Schiene zu investieren.

Derzeit werden leider Unternehmer, die Lehrlinge ausbilden, benachteiligt. Sie sind verpflichtet Abgaben für deren Ausbildung zu bezahlen und sind zugleich auch für den Lehrling verantwortlich, falls dieser nachweislich keinen Abschluss schaffen wird können. Eine Auflösung des Lehrverhältnisses ist auch unter dieser Voraussetzung nicht möglich, was einen unhaltbaren Zustand für Betriebe darstellt und geändert werden muss.

Wenn das Ausbildungsniveau angehender Lehrlinge angehoben wird und damit vermehrt Jugendliche (ihrem handwerklichen Talent entsprechend) eine Lehre beginnen, auch weil sie Karrierechancen erkennen, wäre das für die Wirtschaft ein sehr bedeutender Impuls. Einen finanziellen Anreiz für ausbildende Betriebe zu schaffen, ist in diesem Zusammenhang wesentlich. In Österreich kommt derzeit etwa die Hälfte aller Selbständigen aus dem Bereich der Berufsschule (= Lehre).

Wir Freiheitlichen Lehrer fordern aus genannten Gründen eine Ausbildungspflicht für alle jungen Menschen bis zum 18. (bzw. 19.) Lebensjahr (wie bereits beschlossen) jedoch keinesfalls, wie von den Sozialdemokraten gefordert, bis zum Alter von 25. Eine Gleichbehandlung zwischen Schülern und Lehrlingen von Seiten des Staates in Hinblick auf Unterstützungen ist unabdingbar.

Das bestehende neunte verpflichtende Schuljahr sollte als Schul- und Berufsorientierungsjahr neu definiert und seine Inhalte überarbeitet werden. Schüler zwischenzeitlich in den ersten Jahrgängen von berufsbildenden mittleren und höheren Schulen zu unterrichten, dient nicht dem Zweck einer guten Vorbereitung auf den Lehrberuf.

Die Ablegung einer Prüfung zur Feststellung der Mittleren Reife nach Abschluss des Berufsorientierungsjahres (wie bereits erläutert) soll vergleichbare Kompetenzen ausweisen, die auch für den Lehrbetrieb Aussagekraft besitzen.

4. Universitäten und Fachhochschulen

Österreichs Universitäten sehen sich mit einem Mangel an Ressourcen konfrontiert. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen, müssen die Fördermittel im Bereich von Wissenschaft und Forschung dringend erhöht werden. Einer Abwanderung hochqualifizierter Wissenschaftler muss durch bessere Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung entgegengewirkt werden.

Zu viele Studenten pro zu betreuendem Lehrbeauftragten und Professor führen zu verlängerten Studienzeiten. Es ist nicht die Aufgabe der Universität Mängel in der Studierfähigkeit der Studenten nachzuholen. Diese Voraussetzung muss durch die Qualität der Ausbildung an den allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen ausnahmslos erfüllt sein. Ein ausgewiesenes Maturaniveau (gemäß Zentralmatura) muss auch die Garantie für das Erreichen des notwendigen Niveaus sein, welches internationalen Vergleichen standhält.

Die Ausbildung an den Universitäten muss effizienter und auch in der Methodik moderner werden, wobei eine verkürzte Studienzzeit ein Ziel sein sollte. Veraltete Studienpläne müssen überarbeitet werden, damit Universitätsabsolventen auch international einem Wettbewerb standhalten können. Teilnahme an internationalen Austauschprogrammen von Studenten und wissenschaftlichem Personal muss durch Partnerschaften von Universitäten gefördert und weiter ausgebaut werden. Studienplätze sollten weitgehend bedarfsorientiert vergeben werden. Es ist nicht sinnvoll in bestimmten Studiengängen, für die wirtschaftlich und gesellschaftlich wenig Bedarf besteht, zu viele Kandidaten auszubilden. In Fächern wie

Medizin, wo derzeit auch sehr viele Studenten ohne österreichische Staatsbürgerschaft kostenlos ausgebildet werden, sollte eine Verpflichtung gegenüber dem österreichischen Staat eingeführt werden, eine gewisse Periode (nach Bedarf) in Österreich im Dienste der Patienten zu arbeiten oder einen anteiligen Studienkostenbeitrag zurückzubezahlen. Engpässen in der medizinischen Versorgung könnte somit entgegengewirkt werden.

Derzeit studieren an österreichischen Universitäten Studenten aus EWR-Mitgliedstaaten, welche in ihren Heimatländern keine Studienberechtigung für den entsprechenden Studiengang besitzen, kostenlos. Ein weiterer vermehrter Ansturm auf österreichische Universitäten würde erhöhte Finanzierungsprobleme mit sich bringen, welche wiederum Ausgleichszahlungen auf bilateraler Basis unumgänglich machen würden. Falls diese nicht durchgesetzt werden, soll eine gesetzliche Implementierung des Herkunftslandprinzips erfolgen (z.B. Numerus Clausus Restriktion auch an österreichischen Universitäten). Eine Benachteiligung österreichischer Studenten bei der Erstellung der Aufnahmekriterien muss in jedem Fall ausgeschlossen werden.

Eine Finanzierung der Hochschulen unter Wahrung hoher internationaler Standards muss in Zukunft gewährleistet sein, wofür Studiengebühren notwendig sein könnten. Es ist gleichzeitig die Aufgabe des österreichischen Staates ein treffsicheres Studienbeihilfesystem zu implementieren, das garantiert, dass leistungsbereite und -fähige Studenten nicht aus sozialen Gründen vom Studium abgehalten werden.

Die Kooperation der Fachhochschulen mit der Wirtschaft ist zu begrüßen und sollte in Zukunft noch verstärkt werden, wobei das Angebot an Fachrichtungen einer regelmäßigen Überprüfung des tatsächlichen Bedarfs an Spezialisierungen unterzogen werden muss. Fachhochhochschulen sollten jedoch aufgrund ihrer ökonomischen Ausrichtung vom Promotionsrecht ausgeschlossen sein.

Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) muss ihre parteilastige Gesellschaftspolitik zugunsten einer echten Interessensvertretung der Studierenden aufgeben. An Stelle dieser muss der Dialog der Studentenvertretung mit den Rektoren, Professoren und den zuständigen Ministerien im Sinne einer funktionellen Mitbestimmung stehen. Die ÖH muss jeden Studierenden weltanschauungsunabhängig in seinem Studienfortgang unterstützen. Sie ist eine Service- und Beratungsstelle für alle Studenten, sowie eine freie Interessensvertretung unter Wahrung der studentischen Mitspracherechte in den universitären Gremien. Eine Zwangsmitgliedschaft ist abzulehnen.

Der derzeitige stattfindende Verschulungsprozess auf Universitärebene wirkt einer Vereinbarkeit von Beruf und Studium entgegen und sollte gestoppt werden.

Es ist festzustellen, dass die Gewichtung der Abschlüsse nicht vom Staat, sondern von der Wirtschaft vorgenommen wird. Die im Bologna-Prozess entschiedene Unterteilung in Bachelor, Master und Promotion mit dem Ziel der Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse auf internationaler Ebene hat aber für Jobplatzierungen in der inländischen Wirtschaft keine Vorteile gebracht. Insbesondere der Bachelor-Titel findet beispielsweise nur geringe Akzeptanz und keine Gehaltsvorteile gegenüber Maturaabschlüssen an Höheren Technischen Lehranstalten.

Freiheitliche Bildungspolitik spricht sich gegen die Verwissenschaftlichung der Genderforschung aus, die eher ideologische als wissenschaftliche Zielsetzungen verfolgt. Gleichberechtigung und Leistung müssen stattdessen als Werte in den Fokus rücken. Die Einführung eigener Lehrstühle für Genderforschung an Österreichischen Universitäten verhindert dringend notwendige Investitionen in anderen Bereichen der Wissenschaft und trägt nicht zu einer Qualitätsverbesserung österreichischer Universitäten bei.

5. Lebenslanges Lernen

Selbstverständlich endet Bildung nicht mit der schulischen oder universitären Ausbildung. Lebenslanges Lernen bedingt Neugierde und Interesse, welche jedoch im Laufe der Schulzeit erweckt werden müssen. Fortbildungsmöglichkeiten sind auf allen Ebenen zu gestalten. Auch Menschen, die keinen oder nur einen geringen Schulabschluss aufweisen, muss die Möglichkeit geboten werden ihre Qualifikation zu erhöhen und damit bessere Karrieremöglichkeiten an einem sich ständig verändernden Arbeitsmarkt in einer globalen Welt vorzufinden.

Bildungsreform im Fokus -Ausblick auf aktuelle Entwicklungen im Schulwesen

Demnächst soll das sogenannte „Autonomiepaket“ im Ministerrat beschlossen werden.

Begrüßenswert daran ist, dass den Schulen größere Gestaltungsmöglichkeiten gegeben werden soll, da unterschiedliche regionale Gegebenheiten differenzierte Entscheidungen am Standort erforderlich machen. Man muss generell von einer zentralistischen Verwaltung zu mehr vernünftig durchdachten Standortkonzepten kommen, da dies auch den Wettbewerb zwischen den Schulen fördert und die Qualität erhöht. Keinesfalls jedoch darf die Gewährung erweiterter Schulautonomie zu Einsparungen an den Schulen selbst und zu Qualitätsverlust führen (z.B. durch die Möglichkeit zur Erhöhung der Klassenschülerhöchstzahlen, die zentral vorgegeben werden sollte).

Die Zusammenfassung mehrerer Schulen in Schulcluster könnte die Effizienz optimieren. Dies gilt vor allem für Kleinstschulen nach vorhergehender Prüfung der räumlichen und organisatorischen Sinnhaftigkeit (maximal drei Schulen). Die Konzentration des Schulleiters an den regionalen Standorten auf die pädagogischen Aufgaben (und eine höhere Unterrichtstätigkeit) ergibt Sinn. Die Forderung nach einer zeitlichen Befristung der Berufung als Direktor ist ein langjähriges freiheitliches Ansinnen und sollte auch für Clusterleiter gelten.

Bezüglich der Aufnahmeverfahren für Direktoren und Clusterleiter durch eine Begutachtungskommission ist noch einmal kritisch anzumerken, dass eine Entpolitisierung im Bildungsbereich sehr dringend erforderlich ist und ausschließlich der objektiv geeignetste Bewerber zum Zug kommen darf. Wenn die Clusterleiter und Direktoren für die Personalentwicklung zuständig sein sollen, dann ist eine echte Objektivierung und das Abstellen von „Gefälligkeitsrekrutierungen“ umso wichtiger und in der heutigen Zeit ein absolutes Muss. Andererseits wird eine Aufwertung der Kompetenzbereiche schulischer Führungspositionen auch durch Personalentwicklungsmöglichkeiten herbeigeführt und ist grundsätzlich als Idee positiv zu bewerten. Das Fallen der derzeitigen 50 Minuten Stunde klingt modern und progressiv und würde fächerübergreifenden Unterricht und Projekte leichter ermöglichen.

Eine erfolgreiche Umsetzung moderner pädagogischer Konzepte erfordert großes organisatorisches Geschick und Kompetenz der Schulentwickler oder Clusterleiter. Ob diese personelle Qualität flächendeckend mit dem Besuch des ersten Teils eines Hochschullehrgangs und einer fünfjährigen Lehrertätigkeit garantiert werden kann, wird jedoch bezweifelt. Der Erfolg der Umsetzung des Autonomiepaketes wird aber von der Qualität des Personals auf Führungsebene maßgeblich bestimmt werden. Einer Beschneidung der Kompetenzen der Schulpartner (wie in der Bildungsreform vorgesehen) stehen wir ablehnend gegenüber.

Das Abschaffen von verwaltungstechnischen Mehrgleisigkeiten in der Schulverwaltung in Richtung stärkerer Effizienz ist notwendig und birgt Einsparungspotenzial. Die hohen budgetären Ausgaben für die Bildung müssen auch an den Schulen qualitativ spürbar sein und eine Qualitätssteigerung mit sich bringen, damit unser öffentliches Schulwesen, zu dem wir Freiheitlichen uns bekennen, eine positive Zukunft hat.

Künftig sollen die Pädagogischen Hochschulen, gleich den Universitäten, mehr Autonomie erhalten. Öffnungen von staatlich getragenen Institutionen sind generell begrüßenswert, steigern die Kreativität und fördern standortspezifisch notwendige Entscheidungen. Eine zentrale Ausbildungsstätte für Didaktik und Methodik aller Lehramtskandidaten hat den Vorteil, dass Mehrgleisigkeiten entgegengewirkt wird, Kosten eingespart werden und Lehrern für das Lehramt an höheren Schulen eine qualitativ bessere didaktische Ausbildung geboten wird. Dazu ist anzumerken, dass an Universitäten lange Zeit Didaktik einen untergeordneten Rang in der Ausbildung von Lehramtskandidaten einnahm. Gerade in Zukunft wird eine fundierte didaktische und methodische Ausbildung mit gleichzeitiger psychologischer Schulung zum unerlässlichen Rüstzeug jedes Lehrers gehören müssen. Je hochwertiger die Ausbildung unserer Lehrer wird, desto besser werden wir den Herausforderungen an Schulen in den nächsten Jahrzehnten gewachsen sein.

Eine Gleichschaltung der fachtheoretischen Ausbildung, wie es das Lehramtsstudium Sekundarstufe (Allgemeinbildung) z.B. im Verbund Cluster Mitte vorsieht, wird kritisch betrachtet. Es ist zu befürchten, dass das bisherige hohe fachtheoretische Niveau der Lehrer an der Oberstufe der AHS und BHS nicht aufrechtzuerhalten sein wird.

Der Lehrer der Zukunft muss professionell, visionär, mental stark, lösungskompetent, fachlich ausgezeichnet, einfühlsam und mit emotionaler Intelligenz ausgestattet sein, damit er die Jahrzehnte seiner eigenen Lehrertätigkeit ohne Frustration und Burnout-Gefahren erlebt. Es muss das gesellschaftliche Ziel sein, Lehrer auszubilden, die ihren Beruf als etwas Bereicherndes erleben. Wichtig anzumerken ist auch in diesem Zusammenhang, dass ein Lehrer, der sich voll und ganz mit seinem Beruf und seinen Aufgaben identifiziert und das Wohl der Schüler in den Vordergrund stellt, sehr viel Zufriedenheit durch positive Resonanz erfährt. Es sollte aber auch selbstverständlich sein, dass ihm für sein Engagement für die Entwicklung der jüngeren Generation in intellektueller und sozialer Hinsicht von der Gesellschaft volle Unterstützung und Respekt gezollt wird. Bildung ist nur dann erfolgreich, wenn Lehrer, Schüler, Eltern, Politiker und die Gesellschaft allgemein an ihrer Gestaltung zu arbeiten bereit sind.

Im Schul- und Bildungsprogramm des FLV-Ö 2017 berücksichtigte Dokumente

1. Aus dem Handbuch der Freiheitlichen Politik von 2013
2. Aus dem FPÖ-Parteiprogramm von 2011
3. Aus dem Handbuch Freiheitlicher Politik der Steiermark 2017
4. Abschnitt Bildung im neuen Grundsatzprogramm der Tiroler Freiheitlichen
5. Konzeptpapier zur Freiheitlichen Bildungspolitik 2016 / FÖL Kärnten
6. Anregungen vom RFS von November 2016
7. Aus dem aktuellen Schulkonzept des RFJ
8. Aus dem Schulprogramm der Freiheitlichen Lehrer 2002

1. Aus dem Handbuch der Freiheitlichen Politik von 2013

Der Staat hat sicherzustellen, dass dem Grundrecht auf Bildung durch ein breit gefächertes Angebot an qualifizierten und hochstehenden Bildungseinrichtungen entsprochen wird. Dabei sollen auch private Einrichtungen unterstützt werden, um mit den öffentlichen Unterrichtsanstalten in einen qualitätsfördernden Wettbewerb zu treten.

Die FPÖ sieht den Streit, wem in Zukunft die Diensthoheit über die Lehrer obliegen soll, als Nebensache. Für die FPÖ steht nicht die Frage, ob „Bund oder Länder“, sondern die Frage „gut“ oder „schlecht“ bei der Lösung im Vordergrund. Es ist von hoher Bedeutung, nun eine Entscheidung bezüglich einer klaren Kompetenzzuteilung zu treffen.

Um den notwendigen Zielen der Ganztagesbetreuung, aber auch den gesteigerten Anforderungen an die Lehrkräfte gerecht zu werden, sind moderne Schulbauten unbedingt notwendig. Beim Ausbau von Schulbauten muss selbstverständlich auf eine ökologisch nachhaltige Bauweise (Solarenergie, Erdwärme etc.) und auf Barrierefreiheit Rücksicht genommen werden. Im Rahmen der ganztägigen Betreuung – die keinesfalls Zwang sein darf, sondern nur bedarfsorientiert ausgebaut werden sollte – muss das Augenmerk auf musikalische Bildung (Zusammenarbeit mit örtlichen Musikschulen und Musikvereinen) und sportliche Aktivitäten (Zusammenarbeit mit lokalen Sportvereinen) gelegt werden.

Freiheitliche Bildungspolitik geht davon aus, dass das Bildungssystem jeder sozialen Schicht offen stehen muss, nimmt aber auch an der Erfahrung Maß, dass nicht alle Menschen gleich veranlagt sind und Schulen demnach keine Einheitsbildung vermitteln können. Es geht vielmehr darum, Menschen jedweder Herkunft in einem gegliederten Bildungssystem - ihren Begabungen gemäß - bestmöglich zu fördern. Uniforme Strukturen, wie etwa die Gesamtschule für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen, sind aus diesem Grunde nicht zielführend und werden abgelehnt. Der Staat hat die Rahmenbedingungen, die Finanzierung und die grundlegenden Zielvorgaben für das Bildungssystem festzulegen und die Schulaufsicht, insbesondere hinsichtlich der Qualitätskontrolle, auszuüben. Alles Weitere kann Gegenstand der Schulautonomie sein.

Die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder und die Erziehung der Kinder in Familien haben Vorrang vor der Erziehung durch staatliche Einrichtungen. Daher sollen die Eltern auch in Bildungsfragen mehr Einfluss nehmen können als bisher. Der weitere Ausbau der demokratischen Entscheidungsstrukturen an den Schulen muss diesem Grundsatz Rechnung tragen. Die Verantwortung für den Bildungsfortgang eines Kindes kann nicht ausschließlich an die Schule delegiert werden und von dieser auch nicht allein beansprucht werden. Die Zunahme schulautonomer Regelungen erlaubt es, die Eltern stärker als bisher in Entscheidungsabläufe einzubeziehen. Diese Möglichkeit sollte genutzt werden.

Unter den Bildungszielen ist die Beherrschung der Grundkulturtechniken für den weiteren Bildungsaufbau Voraussetzung. Die Lehrzielvorgaben im Ausbildungsbereich haben sich am Bedarf zu orientieren. Der Stellenwert der Facharbeiterausbildung ist zu heben. Die Kosten des Lehrlings während der Berufsschulzeit sind nicht vom Betrieb sondern von der öffentlichen Hand zu tragen. Zu den wichtigsten Bildungszielen gehören auch die Pflege der österreichischen Eigenart und die Erhaltung des kulturellen Erbes. Hierin findet die Beibehaltung und Förderung humanistischer und musischer Bildungswege ihre

Begründung, wobei auch auf regionale kulturelle Eigenarten Rücksicht zu nehmen ist. Wettbewerb und neue Technologien stellen die Jugend vor große Herausforderungen. Um ihnen gewachsen zu sein, ist es Ziel freiheitlicher Politik, die Jugendlichen als Zukunftsträger modern und praxisbezogen auszubilden.

Die Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat insbesondere durch die verfehlten Schulreformen zu einer Senkung des Ausbildungsniveaus geführt, die sich auch im internationalen Vergleich widerspiegelt. Wer in Österreich erfolgreich eine Pflichtschule absolviert, muss Lesen, Schreiben und Rechnen können und unsere Grundkulturtechniken beherrschen. Zur Hebung des Ausbildungsniveaus und unbeschadet des Bekenntnisses zu einer Schule, in welcher Kinder kindgerecht behandelt werden, stellt eine leistungsfeindliche Schule für die Freiheitlichen kein wünschenswertes Zukunftsmodell dar. Wissen und Können, das mühelos erworben wird, und Erfolge, die sich „ganz von selber“ einstellen, bleiben mangels Forderung von Leistung meist hinter den Möglichkeiten der Schüler zurück und erschweren den Einstieg in das Berufsleben. Eine bestmögliche Nutzung der geistigen Anlagen und Interessen ist nur durch Bildungseinrichtungen gewährleistet, in denen der Leistungsgedanke im Vordergrund steht.

Das erhöht natürlich auch den Leistungsanspruch an die Lehrer, denen im gesamten Bildungsgeschehen nach wie vor eine Schlüsselstellung zukommt. Daher ist die Lehrerausbildung in fachlicher, pädagogischer und psychologischer Hinsicht zu verbessern.

Die schulische Leistungsbeurteilung ist für die Freiheitlichen unabdingbar. Sie dient auch dem Leistungsansporn sowie späterhin als eine der Grundlagen bei Berufseinstellungen.

Österreich braucht ein nachvollziehbares und durchlässiges Schulsystem unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen ländlichem Raum und Ballungszentren. Die AHS muss daher auch in der Langform erhalten bleiben und dieser Schultyp ist überdies mit hinreichenden finanziellen Mitteln zu dotieren.

Deutsch ist in Österreich die offizielle Landes- und daher auch Unterrichtssprache (ausgenommen sind davon die anerkannten autochthonen nationalen Minderheiten). Vor Eintritt in das Regelschulwesen soll aus diesem Grund bei Kindern mit Migrationshintergrund verpflichtend eine Sprachstanderhebung vorgenommen werden, um zu prüfen, ob die Deutschkenntnisse ausreichen, um dem Unterricht auch folgen zu können. Ist dies nicht der Fall, so ist in gezielten Sprachtrainings ein derartiges Sprachniveau vor Schuleintritt herzustellen, damit der Eintritt in die Regelschule möglich ist.

Weiters beinhaltet das freiheitliche Bildungskonzept ein Bekenntnis zur ziffernmäßigen Schulnote, eine Notenvergabe nach zentral vorgegebenen Leistungs- und Bildungsstandards sowie die Wiedereinführung der Beurteilung der äußeren Form der Arbeiten in der Pflichtschule und verpflichtende Verhaltensregeln mit entsprechenden Konsequenzen. Ist das aus organisatorischen Gründen nicht möglich, so sind eigene Klassen für Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache einzurichten.

Die berufsbildenden fünfjährigen Höheren Schulen (BHS) sollen weiterentwickelt werden und zumindest ein Baccalaureat anbieten.

Zur Förderung von Privatschulen wird eine Gleichstellung mit den konfessionellen Schulen verlangt. Ebenfalls gefordert wird die Schaffung eines Bundesgesetzes für die Akkreditierung von Bildungseinrichtungen des primären und sekundären Privatschulbereiches (Schulakkreditierungsgesetz).

Konkrete Maßnahmen für das Schul- und Hochschulwesen:

- Verpflichtendes Vorschuljahr für Kinder mit mangelhaften Sprachkenntnissen.
- Klassenschülerhöchstzahl 25 durchgängig im Unterrichtswesen.
- Maximal 30%iger Anteil von Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache in den Schulklassen.
- Beibehaltung des differenzierten Schulsystems.
- Freier Universitätszugang. Die Voraussetzung dafür ist eine qualitativ hochwertige Matura oder eine ähnliche Qualifikation.

2. Aus dem FPÖ-Parteiprogramm von 2011

Damit sich der Mensch in der Gesellschaft voll entfalten kann, bedarf er der geistigen Bildung, der bestmöglichen Aus- und Weiterbildung, einer Garantie der Lehr- und Lernfreiheit sowie der sozialen Chancengleichheit. Dazu müssen die wissenschaftliche Forschung und Lehre, die Entwicklung und Erschließung der Künste sowie die Lehre der Kunst frei sein.

Das Vermitteln der Kulturtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens, der umfassende Erwerb von Wissen, Kompetenzen und Fertigkeiten, das Fördern individueller Talente und Begabungen, die bestmögliche Ausbildung als Vorbereitung auf das Berufsleben sowie die Vermittlung von Werten und Traditionen unseres Gemeinwesens sind die Hauptaufgaben der staatlichen Schul- und Bildungspolitik. Das Schul- und Bildungswesen hat auf die Vielfalt der geistigen Anlagen und Interessen der Menschen Rücksicht zu nehmen, diesen zu entsprechen und sich jeder ideologischen Bevormundung zu enthalten.

Das Beherrschen der deutschen Unterrichtssprache ist Voraussetzung für die Teilnahme am Regelunterricht an öffentlichen Schulen in Österreich.

3. Aus dem Handbuch Freiheitlicher Politik der Steiermark 2017

Bekanntnis zu einem differenzierten Bildungssystem

Die FPÖ Steiermark bekennt sich zu einer vielfältigen Bildungslandschaft, die sich sowohl an den unterschiedlichen Bedürfnissen, Neigungen und Fähigkeiten der Menschen als auch an den volkswirtschaftlichen Interessen des Landes orientiert. Dies setzt ein selektives, nach außen und innen differenziertes System voraus und schließt den Fortbestand des Gymnasiums in seiner Langform ein. Das heimische Schulwesen hat jeder sozialen Schicht offenzustehen. Freiheitliche Bildungspolitik nimmt aber auch an der Erfahrung Maß, dass nicht alle Schüler gleich veranlagt sind und diese daher nicht einer staatlichen Einheitsbildung unterworfen werden können. Vorrangiges Ziel muss es sein, innerhalb eines vielschichtigen Angebotes Menschen jedweder Herkunft ihren Begabungen gemäß bestmöglich zu fördern. Uniforme Strukturen, wie etwa die Gesamtschule für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen, stehen diesem Ansinnen diametral gegenüber und sind aus freiheitlicher Sicht abzulehnen.

Aufrechterhaltung von sonderpädagogischen Einrichtungen und gegen Inklusion

In der Behindertenpädagogik ist davon auszugehen, dass es Grenzen der Integrierbarkeit gibt und dass daher für jedes einzelne Kind entschieden werden muss, ob und wo es integriert wird bzw. ob der Besuch einer Förderschule (=Sonderschule) für das Kind günstiger ist.

Für körperbehinderte Menschen, die einen erhöhten personellen Betreuungsaufwand benötigen, sind Spezialschulen zu unterhalten, die ihnen eine bestmögliche Ausbildung bieten. Kinder und Jugendliche mit geistigen Defiziten sollen in sonderpädagogischen Einrichtungen besonders gefördert und zu einer selbstständigen Lebensführung angeleitet werden. Die geplante Auflassung dieser hochspezialisierten Institutionen wird von der FPÖ entschieden abgelehnt. Hinter der Inklusion steht der Gleichheitswahn der linken Ideologen, aber nicht das Bemühen um die beste Entwicklung behinderter Kinder. Schwerbehinderte Kinder bekommen in den Inklusionsklassen nicht die optimale Förderung. Diese Schüler können nur in Kleingruppen durch speziell ausgebildete Pädagogen gefördert werden.

Bekanntnis zur schriftlichen Zentralmatura – Reform bei Korrektur und Benotung

Grundsätzlich ist die standardisierte Form der Reifeprüfung seit jeher fixer Bestandteil freiheitlicher Bildungspolitik. Sie kann nicht – wie Kritiker oftmals ins Treffen führen – als gleichmacherisches Verwaltungsungetüm abgetan werden. Vielmehr bietet sie die Möglichkeit, die wichtigste Prüfung im Leben eines Schülers bundesweit aufzuwerten, da einheitliche Standards eine Vergleichbarkeit der erbrachten Leistungen ermöglichen. Dennoch herrscht großes Verbesserungspotenzial, wie die Auswertungen der Zentralmatura des Schuljahres 2015/16 offenbaren. Eine Reform ist insbesondere im Hinblick auf die Korrektur und Benotung der schriftlichen Arbeiten notwendig. So ist es unabdingbar, dass diese auf Basis eines einheitlichen Notenschlüssels erfolgt. Zusätzlich sollte die Beurteilung nicht mehr

durch die Klassenlehrer, sondern durch schulfremde Fachkollegen erfolgen, um eine neutrale und objektive Notenvergabe zu gewährleisten.

Ja zum Religions- und Ethikunterricht

Freiheitliche Bildungspolitik erachtet die schulische Werteerziehung als wichtiges Anliegen. Die in Europa heimischen Religionen sind ein fester Bestandteil der Kultur dieses Landes und Träger eines abendländischen Identitätsbewusstseins. Insofern steht die Abschaffung des schulischen Religionsunterrichts nicht zur Disposition. Eine Erweiterung des Fächerkanons in Form eines überkonfessionellen Ethikunterrichts erweist sich hingegen schon aufgrund der wachsenden Anzahl bekenntnisloser Schüler als notwendig. Die Leitlinien der abendländischen aufklärerisch-westlichen Gesellschafts- und Werteordnung müssen dabei gewahrt bleiben. Insbesondere ist es die Pflicht eines säkularisierten und neutralen Staates, junge Menschen vor jeder Art von Radikalisierung zu bewahren und sie zur Toleranz gegenüber anderen religiösen Überzeugungen zu erziehen. Folgende drei Punkte sind aus freiheitlicher Hinsicht umzusetzen:

- Jeder Schüler, egal, in welcher Schulstufe, hat wahlweise einen Religions- oder Ethikunterricht zu absolvieren.
- Jeder Religionsunterricht, gleich welcher Konfession, ist in der Unterrichtssprache – somit in deutscher Sprache – abzuhalten.
- Radikal-religiöse und verhetzende Inhalte sowie andere Glaubensrichtungen bzw. demokratische Einrichtungen abwertende Auslegungen dürfen keinen Platz im Schulunterricht haben. Die Gleichstellung von Mann und Frau, die Gewaltenteilung und andere für Europa immanente Werte sind von jeder Religion anzuerkennen.

Genderfreie Schulbücher

Die Auswüchse der Gender-Ideologie in schriftlichen Texten werden mittlerweile auch in heimischen Schulen immer stärker sichtbar. Die sogenannte geschlechterspezifische Sprache findet sich nicht nur in offiziellen Papieren und Ausschreibungen, sondern immer öfter auch in Schulbüchern. Damit wird gezielt der Versuch unternommen, die kleinsten Mitbürger gesellschaftspolitisch zu indoktrinieren. Ein sinnerfassendes Verstehen von rigoros gegenderten Sätzen ist gerade für junge Schüler, deren Textkompetenz freilich noch sehr eingeschränkt ist, fast unmöglich.

Die FPÖ lehnt, unbeschadet ihres Bekenntnisses zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, das konsequente Gendern kategorisch ab. Sprache dient, gerade im Bereich der Elementarbildung, in erster Linie der Verständigung untereinander. Der berechtigte Kampf von Frauen im Hinblick auf Gleichstellung ist auf politischer Ebene und nicht in den Büchern von Schulkindern zu führen.

Die Neue Mittelschule: Ein links-ideologisch-gesellschaftliches Experiment

Im Herbst 2012 führten SPÖ und ÖVP den bisherigen Schulversuch der „Neuen Mittelschule“ (NMS) in das Regelschulwesen über. Auf Basis eines Stufenplans wurden im Schuljahr 2015/16 die letzten Hauptschulen umgewandelt. Die Gesamtumstellung verursachte Kosten in der Höhe von 233 Millionen Euro. Der neue Schultyp erhob den Anspruch, besser zu sein als das Vorgängermodell Hauptschule. Zusätzlich hätte er auch in einen pädagogischen Wettbewerb mit den Gymnasien treten sollen. Daran ist die NMS klar gescheitert, denn schulische Erfolge blieben weitgehend aus. Bei Leistungstests schnitt sie vielfach schlechter ab als die alte Hauptschule, von der AHS trennt sie Welten. Der Evaluierungsbericht über die Schultypen der mittleren Bildung vom März 2015 hat gezeigt, dass von den hohen Erwartungen wenig übrig geblieben ist.

Das schlechte Abschneiden ist vor dem Hintergrund, dass für diese am meisten Finanzressourcen aufgewendet werden, umso bedenklicher. Gemäß eines Rechnungshofberichts vom Mai 2016 lagen für das Schuljahr 2013/14 die Lehrpersonalkosten je Schüler in den Neuen Mittelschulen bei 7.500, in Hauptschulen bei 6.700 und den AHS bei 4.800 Euro. Ein NMS-Schüler verursacht somit deutlich höhere Personalkosten, schneidet in Leistungsvergleichen aber dennoch deutlich schlechter ab als Kinder anderer Schultypen.

Der gleichzeitige Einsatz von zwei Lehrern unterschiedlicher Schultypen (Teamteaching) gilt als das Herzstück der NMS. Ihre Lehrenden sollen während des Unterrichts dabei von Kollegen höherer Schulen unterstützt werden. In der Praxis finden sich meist wenig AHS- und BHS-Pädagogen, die freiwillig an Neuen Mittelschulen unterrichten wollen. Mit der Methode des Teamteachings will man auch die sogenannte „innere Differenzierung“ in der Klasse sicherstellen. Ein Pädagoge wäre demnach primär für die leistungsstärkeren, der andere für die schwächeren Schüler verantwortlich. So gut dieser Ansatz in der Theorie klingen mag, stellt er sich in der Praxis als sehr impraktikabel heraus. Tatsächlich wird die zweite Lehrperson oftmals nur dafür herangezogen, die Ordnung und Disziplin aufrechtzuerhalten. Wenn sich diese nun doch unterstützend einem Teil der Klasse widmet, hat dies immer eine Störung des Unterrichts des vortragenden Kollegen zur Folge.

Besonders skurril ist der Umstand, dass der zweite Pädagoge oft nicht einmal vom selben Fach sein muss. Der zunehmende Lehrermangel in bestimmten Fächern, beispielsweise in Mathematik, erschwert die Situation zusätzlich. Dementsprechend stehen oftmals einfach zwei NMS-Lehrer und nicht – wie eigentlich vorgesehen – ein Kollege einer AHS oder BHS in der Klasse.

Verworrenes Notensystem in der NMS: Im Gegensatz zu anderen Schultypen gibt es in den NMS zwei Beurteilungssysteme. Die Begabteren werden nach „vertieften“ Bildungszielen bewertet – hier werden die Noten „Sehr gut“ bis „Genügend“ vergeben. Wer schlechter ist, wird im „grundlegenden“ Bewertungsraster eingestuft und kann ein „Befriedigend“, „Genügend“ oder „Nicht genügend“ erhalten – insgesamt stehen somit sieben Notenstufen zur Vergabe. Dies führt nicht selten zu skurrilen Situationen: Wenn ein Schüler, der sich im „grundlegenden“ Beurteilungsschema von einem „Genügend“ auf ein „Gut“ verbessert, steigt er ins Benotungssystem „vertiefend“ auf und erhält ebendort erst wieder die gleiche Note, obwohl er nachweislich eine deutliche Leistungssteigerung verzeichnete. Dieses Wirrwarr untergräbt das Vertrauen von Eltern und Schülern gleichermaßen. Auch Firmenchefs, die gerne Lehrlinge anstellen wollen und als Nachweis das Abschlusszeugnis der achten Schulstufe verlangen, werden vor ein Rätsel gestellt.

**Wir wollen ein vielfältiges differenziertes Bildungssystem statt einer Gesamtschulmonokultur!
Die Gesamtschule leidet an einer extremen Inhomogenität und bedeutet das Ende der freien Schulwahl.**

Gesamtschulklassen sind extrem inhomogen. Während sich die guten Schüler langweilen, sind die Schwachen überfordert. Dies wird durch die geplante Inklusion verstärkt. Der linke ideologische Hintergrundgedanke der Gesamtschule ist, dass es keine vererbte Intelligenz gibt, sondern diese nur durch die Umwelt bestimmt ist.

Unentwegt wird die Einführung einer flächendeckenden Gesamtschule als Lösung für beinahe jede Unzulänglichkeit im Bildungssystem angepriesen. Ein elementarer Punkt wird dabei oftmals ausgeklammert: Würde die Neue Mittelschule zur einzigen Schulform der Zehn- bis Vierzehnjährigen etabliert werden, wäre dies das Ende der freien Schulwahl und auch das Aus jeder Schwerpunktsetzung der einzelnen Standorte.

Die Konsequenz daraus wäre eine oktroyierte Zuweisung von Schülern gemäß der Einzugsprengel der Wohnadressen. Private Bildungseinrichtungen, in die jene Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder bevorzugt schicken, würden aus dem Boden sprießen, um dem schulpolitischen Einheitsbrei zu entfliehen. Die soziale Schere, die man mit der Forderung nach Einführung der Gesamtschule vorgibt, beseitigen zu wollen, würde dann vollends aufgehen: Wer Geld hat, bekommt die bessere Bildung, nämlich in Privatschulen.

Der Finnland-Verweis geht ins Leere: Einer extrem inhomogenen Gruppe eine anspruchsvolle Materie beizubringen, trifft zwingend auf Schwierigkeiten. Gerne wird von SPÖ und Grünen dann auf den (ehemaligen) PISA-Musterschüler Finnland verwiesen, wo alle Kinder bis zum 14. Lebensjahr in einer Klasse unterrichtet werden. Dabei vergisst man freilich auf drei wesentliche Punkte: Erstens kommt dort ein Lehrer auf 14 Schüler – in Österreich ist man von einem entsprechenden Wert (Stichwort Klassenschüler-Höchstzahlen) meilenweit entfernt. Zweitens haben Lehrende innerhalb des finnischen

Bildungssystems bedeutend mehr Möglichkeiten zur Disziplinierung (Sanktionsmaßnahmen) und drittens ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund signifikant niedriger als hierzulande.

Kompetenz-Chaos bei Schulverwaltung bleibt

Die Frage, welche Gebietskörperschaft für das Bildungswesen verantwortlich zeichnen soll, gilt seit Jahrzehnten als machtpolitischer Zankapfel zwischen SPÖ und ÖVP. Die Kompetenzzersplitterung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist nicht nur ineffizient, sondern kommt dem Steuerzahler auch teuer zu stehen. Zu einer echten Reform, die endlich Klarheit schafft, konnten sich die Regierungsparteien auf Bundesebene in der im Herbst 2015 vorgestellten „großen Schulreform“ nicht durchringen. Zusage dieser werden zwar die Landesschulräte abgeschafft, jedoch im selben Atemzug durch sogenannte „Bildungsdirektionen“ ersetzt. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Behörde von Land und Bund. Als formaler Präsident soll der Landeshauptmann (wie bisher) oder das zuständige Mitglied der Landesregierung fungieren. Der Bildungsdirektor (vormals amtsführender Landesschulratspräsident) wird auf Vorschlag des Landeshauptmanns vom Ministerium ernannt. Neu ist daran freilich wenig – denn dieser Bestellmodus wurde unverändert belassen. Die neu zu schaffenden Bildungsdirektionen in den Bundesländern werden somit nichts anderes sein als die Landesschulräte in ihrer bisherigen Form. Die Gelegenheit, eine schlanke und effiziente Schulverwaltung zu installieren, die sich an den Bedürfnissen der Schüler orientiert, wurde damit vertan. Das Kompetenz-Durcheinander bleibt.

Keine Streichung der demokratischen Landesschulratskollegien: SPÖ und ÖVP schaffen Kontrolle ab!

Teil des rot-schwarzen „Reformkonzepts“ im Bildungsbereich ist auch die Abschaffung der Kollegien des Landesschulrates. Sie werden entsprechend der Landtagswahlergebnisse von Lehrer-, Eltern- und sonstigen Vertretern besetzt. Ihre Hauptaufgabe besteht im Wesentlichen darin, sogenannte Dreivorschläge für die Bestellung von Schuldirektoren zu erstellen. Die Mitglieder des Kollegiums haben dabei das Recht, bei der Anhörung von Kandidaten teilzunehmen und über deren Eignung abzustimmen.

Damit haben alle Landtagsfraktionen Einblick und sogar ein Entscheidungsrecht. Das Kollegium des Landesschulrates ist somit als eine Art demokratisch legitimes Kontrollorgan anzusehen. Anstatt deren Befugnisse auszuweiten, wie die FPÖ in den letzten Jahren forderte, schaffen SPÖ und ÖVP diese nunmehr unter dem Vorwand der „Entpolitisierung der Schulen“ ab. Alle Mandatare in den Kollegien üben ihre Positionen ehrenamtlich aus. In den meisten Bundesländern sind nicht einmal Sitzungsgelder vorgesehen. Laut ÖVP-Staatssekretär Harald Mahrer soll deren Abschaffung dennoch sechs Millionen an Einsparungsvolumen bringen. Eine Antwort auf die Frage, wie diese Kostenreduktion erreicht werden soll, sind SPÖ und ÖVP indes schuldig geblieben.

Direktorenbestellungen: Transparenz raus, rot-schwarzer Proporz rein?

Als Folge der rot-schwarzen Bildungsreform werden künftig bei Direktorenbestellungen je zwei Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern das schulpolitische Machtzepter schwingen. Damit wird jede Form der bisher gelebten Transparenz abgeschafft. Eine Kontrolle der Bildungsdirektionen durch demokratisch gewählte Organe ist nicht mehr vorgesehen, was einen eklatanten Rückschritt zum bestehenden Status quo bedeutet.

Eigene Vorbereitungsklassen für Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen

Es steht außer Frage, dass der Erwerb der Landessprache der Schlüssel ist, um am Unterricht teilnehmen zu können. Im Rahmen der Sprachstandfeststellungen werden in Kindergärten jedes Jahr die Deutschkenntnisse einer Evaluierung unterzogen.

Die FPÖ tritt dafür ein, dass diese von allen Schulpflichtigen zu absolvieren sind und deren Ergebnisse als Basis für den Eintritt in das Regelschulwesen herangezogen werden. Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, die sich bereits im Schulsystem befinden und über derart schlechte Deutschkenntnisse verfügen, dass sie als außerordentliche Schüler geführt werden, sollten in eigenen Vorbereitungsklassen erst die deutsche Sprache erlernen, ehe sie in den Regelunterricht übernommen werden können.

Selbiges gilt auch für ausländische Quereinsteiger, die während des Schuljahres nach Österreich kommen. Dadurch könnte das Unterrichtsniveau für heimische, ordentliche Schüler gehalten werden, während in

separaten Klassen fremdsprachige Kinder gezielte Unterstützung erhalten, um die Landessprache zu erlernen.

Deutsch als Schulsprache verankern

Eine Sprache lernt man bekanntlich am besten, wenn man sie spricht. Die Barriere in der alltäglichen Kommunikation in den Schulen führt insbesondere bei fremdsprachigen Jugendlichen, die sich schon länger in Österreich befinden, oftmals zu Feindseligkeiten und Problemen. Die grundsätzliche Verwendung der deutschen Sprache in den Pausen wäre eine ideale Möglichkeit, um Verständigungsdefizite entscheidend zu verbessern.

Eines ist aber hier klar zu stellen: Bessere Deutschkenntnisse bedeuten noch lange nicht bessere kulturelle Integration!

4. Abschnitt Bildung im neuen Grundsatzprogramm der Tiroler Freiheitlichen

Die FPÖ Tirol bekennt sich zu einer effizienten Bildungspolitik, die sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen, Neigungen und Fähigkeiten der Menschen wie auch an den volkswirtschaftlichen Interessen des Landes orientiert. Aus diesem Grund lehnen wir ein sinnloses Quotendenken (Maturantenquote, Akademikerquote, usw.) ab und setzen uns für ein selektives, nach außen und innen differenziertes Bildungssystem ein. Deshalb bekennen wir uns auch zum Gymnasium in seiner Langform und lehnen eine flächendeckende Einführung der Gesamtschule strikt ab.

Die FPÖ Tirol befürwortet entschieden die Einbeziehung von körperbehinderten Menschen in das Regelschulwesen, soweit dies durch bauliche Maßnahmen oder die Anschaffung besonderer Unterrichtsmittel bewältigt werden kann. Für körperbehinderte Menschen, die einen erhöhten personellen Betreuungsaufwand benötigen, sind Spezialschulen zu unterhalten, die ihnen die intellektuell bestmögliche Ausbildung ermöglichen. Menschen mit geistigen Defiziten sollen in sonderpädagogischen Einrichtungen besonders gefördert und zu einer selbstständigen Lebensführung angeleitet werden.

Leistung, Kreativität und Innovation basieren immer auf Selbstdisziplin. Selbstdisziplin wiederum ist aber ein Ergebnis anerzogener Disziplin. Die FPÖ Tirol bekennt sich in diesem Sinne zu einem geordneten Schulbetrieb, zur Gewährleistung der Amtsausübung der Lehrpersonen und zur Schaffung eines effizienten, durchsetzungsstarken disziplinären Ordnungsrahmens.

Die FPÖ Tirol bekennt sich zum Ausbau der Ganztagesbetreuung, solange diese grundsätzlich auf freiwilliger Inanspruchnahme basiert. Eine verpflichtende Ganztagesbetreuung für junge Menschen mit mangelhaften Deutschkenntnissen oder solchen, deren notwendige Bedürfnisse im familiären Umfeld nicht erfüllt werden können, wäre aber sinnvoll. Die Kosten der Ganztagesbetreuung in Schulen und Kindergärten sind von jenen Gebietskörperschaften zu tragen, deren Gremien den Ausbau der Betreuung beschließen. Die Gemeinden dürfen dadurch nicht in eine Kostenfalle geraten.

5. Konzeptpapier zur Freiheitlichen Bildungspolitik 2016 / FÖL Kärnten

<p style="text-align: center;">Konzeptpapier zur Bildungspolitik</p> <p>Freiheitliche und unabhängige Lehrer Kärnten (FLV Kärnten) Hinteregger, Stangl</p> 	<p style="text-align: center;">I. Grundsätzliche freiheitliche Positionen zum Thema Bildung und Schule</p> <ul style="list-style-type: none"> + Förderung der Stärken des Einzelnen in einem durchlässigen Schulsystem. + Vermittlung von Werten und Problemlösungsstrategien für verantwortungsvolles Handeln in einer komplexen Gesellschaft. + Bildung ist zukunftsorientiert und macht fit für Agieren in globaler Welt und komplexem Arbeitsmarkt (keine Manipulation!) + Schule muss säkulare Bildung auch in Zukunft gewährleisten! – Werte wie Demokratie, Liberalität, Gleichberechtigung, Toleranz für alle, gleichgültig welcher Herkunft + Leistungsdenken – Leistungsbereitschaft – Leistungsförderung + Parteipolitik heraus aus den Schulen! + Mehr ehrliche Schulautonomie
---	--

<h3 style="text-align: center;">Grundsätzliches (2)</h3> <ul style="list-style-type: none"> + Leistungsprinzip im Lehrberuf. Leistung muss sich auszahlen! + Neue pädagogisch überdachte Ferienordnung + Anhebung des Stellenwertes des Lehrers – Respekt gegenüber der Lehrperson, diszipliniertes Schülerverhalten + Kooperationsteam Lehrer – Schüler – Eltern + Eigenverantwortlichkeit und Lernerfolg widersprechen einander nicht + Freiheitliche Lehrervereine in freundschaftlicher Beziehung zur Freiheitlichen Partei Österreichs, aber offen für politisch Unabhängige (Bildungsplattform) 	<h3 style="text-align: center;">II. Das Bildungssystem nach Schultypen</h3> <p style="text-align: center; font-size: small;">Kindergarten und Primarstufe</p> <ul style="list-style-type: none"> + wesentliches Fundament kindlicher Entwicklung + hohe soziale Kompetenz und Verantwortung der Lehrpersonen notwendig + Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr – keine Zwangsausweitung! + Keine religiöse oder ideologische Beeinflussung! + Altersgemäße Sprachkompetenz und bessere Integration: Deutsch als Schulsprache – bedarfsorientierte Ausweitung der DAZ Stunden + Zusätzliches pädagogisches und psychologisches Unterstützungspersonal
---	---

<h3 style="text-align: center;">II. Das Bildungssystem nach Schultypen</h3> <p style="text-align: center; font-size: small;">Primarstufe</p> <ul style="list-style-type: none"> + Offensive in Deutsch (Steigerung der Lesekompetenz) und in Mathematik + Integration, Chancengleichheit! – schulautonome Möglichkeit einheitlicher Schulkleidung besteht bereits + Zusätzliche Werteinheiten für Integration und Therapie + Lockerung d. Schulsprengel -> Qualitätssteigerung, Wettbewerb + NEIN zur Ganztageschule in verschränkter Form + Ziffernoten JA + ehrliche lernfördernde kompetenzbasierte Leistungsbeurteilung + Bindende Vereinbarung mit Eltern für individuelle Lernförderungen + JA zur Inklusion – NEIN zur Abschaffung d. Sonderschulen 	<h3 style="text-align: center;">II. Das Bildungssystem nach Schultypen</h3> <p style="text-align: center; font-size: small;">Die Sekundarstufe - Mittelstufe</p> <ul style="list-style-type: none"> + JA zum öffentlichen Schulwesen mit individueller Förderung + Keine Konkurrenz zwischen AHS Unterstufe und NMS (Langform AHS!) + JA zur schulautonomen Rückführungsmöglichkeit der räumlichen leistungsbezogenen Differenzierung + laufendem Evaluierungsprozess der Schülerleistungen + moderner Didaktik = bessere Alternative in Ballungsräumen (standortabhängig) + Maßnahmen gegen Segregation in Ballungsräumen + Ausbau moderner Medien -> Fortbildungsoffensive + Methodisch didaktische Weiterentwicklung des Schulsystems notwendig – Lehrerfortbildung!
---	---

<h3 style="text-align: center;">II. Das Bildungssystem nach Schultypen</h3> <p style="text-align: center; font-size: small;">Die Sekundarstufe – AHS</p> <ul style="list-style-type: none"> + Erhalt der AHS als achtjährige Langform. Ziel: Vorbereitung leistungsstarker und interessierter Schüler auf akademische Ausbildung (Auswahl durch Aufnahme- bzw. Eignungsprüfung bei Schwerpunkt) + Leistungsmäßig homogenere Gruppen erzielen bessere Leistungen + Individuelle Talentförderung – Kurssystem in den letzten beiden Jahren <li style="padding-left: 20px;">* Motivationssteigerung bei Schülern und Lehrern! + Verpflichtender unabhängiger Gegenstand „Wirtschaftslehre“ 	<h3 style="text-align: center;">II. Das Bildungssystem nach Schultypen</h3> <p style="text-align: center; font-size: small;">Die Sekundarstufe – BHS</p> <ul style="list-style-type: none"> + Erfolgsmodell HTbLA, HLW, HAK, BAfEP, Tourismusschule + Fortsetzung d. erfolgreichen berufspraktischen Ausbildung bzw. Verbesserung durch Ausweitung der wirtschaftlichen Kooperationen. + Laufende Evaluierungen der bestehenden Lehrpläne unter Einbeziehungen von Wirtschafts- und Fachexperten Keine Lehrplankürzungen im berufspraktischen Bereich! + Fortbildungsprogramme für Unterrichtende in berufspraktischen Gegenständen in Kooperation mit Industrie, Banken, Firmen und Universitäten, um Aktualität des Vermittelten zu gewährleisten + Examen zur Mittleren Reife nach der 10. Schulstufe für Lehrlinge und für Schulabbrecher an AHS und BHS (vgl. GCSE Exam in GB) als Angebot – Anrechenbarkeit für Studienberechtigungsprüfung (z.B. in Deutsch)
---	---

<h3 style="text-align: center;">III. Die duale Ausbildung im Lehrberuf/ Lehre mit Matura</h3> <ul style="list-style-type: none"> + Duale Ausbildung im internationalen Vergleich qualitativ einzigartig + Aufwertung des Lehrberufs für wirtschaftliche und technische Entwicklung Österreichs notwendig (Facharbeitermangel) + Neue Karrieremöglichkeiten schaffen! + Berufsorientierungsjahr (derzeit Polytechnische Schule) als Vorbereitung für den Lehrberuf – ein Jahr BMHS keine Alternative! + Besseres Niveau der Lehrlinge, Angebot der Mittleren Reife, höhere Attraktivität und mehr Chancen in der Lehrlingausbildung (internationalen Austausch fördern!) + Stopp der Benachteiligung von Unternehmern, die Lehrlinge ausbilden – Auflösung des Lehrverhältnisses muss möglich sein! 	<h3 style="text-align: center;">IV. Universitäten und Fachhochschulen</h3> <ul style="list-style-type: none"> + Bereitstellung höherer Ressourcen zur Qualitätsverbesserung in der Lehre (schlechtes internationales Ranking) + Mehr Investitionen in Wissenschaft und Forschung -> Vermeidung von Abwanderung von Wissenschaftlern ins Ausland, mehr Qualität + Studierfähigkeit der Absolventen der Sekundarstufe 2 muss mit Zentralmatura garantiert sein – Nachschulungen sind nicht Aufgabe der Universitäten! Internationaler Vergleich muss garantiert sein! + keine Verwissenschaftlichung der Genderforschung, keine Genderlehrstühle! + Verschulungsprozess auf Universitätsebene stoppen!
--	---

<h3 style="text-align: center;">IV. Universitäten und Fachhochschulen</h3> <ul style="list-style-type: none"> + Ziel: verkürzte Studienzeit bei erhöhter Effizienz + Studienplätze weitgehend nach Bedarf vergeben, Finanzierung der Hochschulen bei hohem Niveau muss garantiert bleiben! (ev. Studiengebühren, aber auch effizientes Studienbeihilfesystem) + Angebot an Fachrichtungen im Fachhochschulbereich soll bedarfsorientiert sein (Evaluierung) und Kooperationen mit der Wirtschaft ausgeweitet werden + Internationale Partnerschaften und Austauschprogramme forcieren 	<h3 style="text-align: center;">V. Lebenslanges Lernen</h3> <ul style="list-style-type: none"> + Neugierde und Interesse sind in der schulischen Laufbahn zu wecken, um Motivation für lebenslanges Lernen in Selbstverantwortung zu erreichen. + Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten auf allen Ebenen! + Mehr Chancen im globalen Markt durch Nachholen von Schulabschlüssen und Weiterbildung auf jedem Niveau.
--	--

VI. Bildungsreform im Fokus. Ausblick auf aktuelle Entwicklungen	VI. Bildungsreform im Fokus. Ausblick auf aktuelle Entwicklungen
<p>DAS AUTONOMIEPAKET:</p> <ul style="list-style-type: none"> + größere Gestaltungsmöglichkeiten, unterschiedliche Gegebenheiten erfordern differenzierte Entscheidungen und Konzepte am Standort + Effizienzsteigerung durch Schulcluster nur bei gleichzeitiger Entpolitisierung, professionellen Qualitätsauswahlverfahren (Clusterleiter und Direktoren befristet, Verlängerung möglich) und Qualitätsmanagement während der Perioden. + flexible Unterrichtsböcke für (fächerübergreifende) Projekte sind positiv. 	<p>LEHRERAUSBILDUNG:</p> <ul style="list-style-type: none"> + Pädagogische Ausbildung aller Lehrer an PHs erhöht Qualität und wirkt Mehrgeisigkeiten entgegen - Kostensparnis! Befürchtung besteht, dass durch die Vereinheitlichung der Sekundarausbildung die derzeitige hohe Fachkompetenz der Lehrer an Oberstufen (AHS und BHS) nicht mehr garantiert werden kann bzw. in diesem Bereich Personalmangel entstehen wird. + Lehrerprofil der Zukunft: Fundierte fachliche, didaktische, methodische und psychologische Ausbildung Begleitung durch sozialpädagogisches und psychologisches Fachpersonal im Beruf + Der gute Lehrer ist professionell, lösungskompetent, besitzt hohe fachliche Kompetenz, hohe emotionale Intelligenz und ein positives Selbstbild, ist visionär sowie mental stark <p>ER VERDIEN T DEN RESPEKT UND DIE UNTERSTÜTZUNG DER GESELLSCHAFT!!!</p>

6. Anregungen vom RFS von November 2016

Zum Hochschulzugang gilt folgendes:

Das Universitätsgesetz wurde seit 2002 mehrfach geändert, sodass in vielen Studien der Zugang entweder durch ein Aufnahmeverfahren vor der Zulassung oder durch die Auswahl der Studierenden bis längstens zwei Semester nach der Zulassung beschränkt werden kann. Durch diese Novellierungen werden tausende österreichische Maturanten am Studium ihrer Wahl gehindert. Wir bedauern, dass Zugangsbeschränkungen offenbar innerhalb der EU einen akzeptierten Weg darstellen. Wir bekennen uns zum freien Universitätszugang als unverzichtbaren Bestandteil des österreichischen Bildungswesens. Die Zugangsbeschränkungen schließen hauptsächlich österreichische Studierwillige vom Studium aus. Die bestandene Matura oder Studienberechtigungsprüfung muss alleinige Voraussetzung für ein Studium gelten. Die Matura muss eine aussagekräftige Zulassungsvoraussetzung darstellen, daher ist die Qualität derselben anzuheben (Oberstufenreform). Die jeweiligen Zielbildungseinrichtungen müssen ein Mitspracherecht bei den Mindestanforderungen an die Matura für die Zulassung zum Studium eingeräumt bekommen. Ausnahmen darf es nur für Kunst- oder Sportstudien geben, wo spezifische Anlagen unabdingbar sind. Österreich ist das Hochsteuerland in Europa. Aus diesem Grunde sind österreichische Studierende, die einen Studienerfolg in Form einer Mindeststudienzeit erbringen, Werkstudenten, Präsenzdiner sowie Studierende, die Kinder haben, von Studienbeiträgen zu befreien. Es ist Aufgabe des Staates, ein treffsicheres Studienbeihilfesystem zu implementieren, das garantiert, dass leistungsbereite Studierende nicht aus sozialen Gründen am Studium behindert werden. Studienbeiträge, die von leistungsschwachen oder ausländischen Studierenden eingehoben werden, sind in der Höhe autonom von den Universitäten einzuheben und von diesen für die Lehre zweckgebunden zu verwenden.

7. Aus dem aktuellen Schulkonzept des RFJ

Für uns Freiheitliche müssen jedem Jugendlichen die gleichen Chancen offen stehen. Das bedeutet aber nicht, dass alle Menschen gleich talentiert und begabt sind. Deshalb treten wir für ein breites und vielfältiges Angebot an Schulen ein. Nicht die rot-grün Gleichmacherei, sondern die Förderung der unterschiedlichsten Begabungen muss in den Vordergrund rücken. Wir wollen Schwache fördern, aber Starke fordern und fördern. Was die sozialistische Allmacht für die Schulen bedeutet, kann man besonders gut in Wien sehen, „multikulturelle“ Hauptschulen – eilig in Neue Mittelschulen unbenannt – verdienen dank sozialistischer Schulpolitik und ungebremsten Ausländerzuzugs nicht mehr die Bezeichnung Schule. Eltern versuchen um jeden Preis, ihre Kinder in einer AHS unterzubringen, weshalb wiederum die UNIs überquellen. Wir produzieren in manchen Fächern Akademiker, die niemand braucht, während man dem Handwerk – mit gut ausgebildeten Facharbeitern der Eckpfeiler unserer Wirtschaft – nachhaltig das Rückgrat bricht. Und schon hat man mit der Gesamtschule den nächsten Wahnsinn parat. Wir Freiheitlichen fordern daher, dass auch in Wien und anderen Ballungszentren die NMS wieder den Stellenwert und die Qualität zurück bekommen, die sie verdienen. Damit stehen künftig auch wieder Jugendliche mit Niveau für die Lehrlingsausbildung zur Verfügung, Gymnasien und Universitäten werden spürbar entlastet und gewinnen ebenso an Qualität. Eine gründliche Lehrlingsausbildung ist mindestens

genauso viel wert und oft wichtiger als eine Matura. Schluss mit dem Wahn, dass heute jeder Matura haben muss. Eine solide Pflichtschule zusammen mit einer gründlichen Lehrlingsausbildung sind für uns vollkommen gleichwertig gegenüber der Matura. Im Gegenteil: Unsere Wirtschaft würde ohne Handwerk nicht funktionieren.

8. Aus dem Schulprogramm der Freiheitlichen Lehrer 2002

Grundsätzliches: Es besteht ein Grundrecht auf Bildung. Sie ist das kulturelle Instrument zur Herstellung von Chancengerechtigkeit, zur Ausübung von Freiheit und zur Teilnahme am demokratischen Leben. Sie dient der Persönlichkeitsentfaltung ebenso, wie sie zu verantwortlichem Handeln befähigt. Als Berufsvorbildung ist sie eine entscheidende Voraussetzung für die Existenzsicherung des Einzelnen und für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der österr. Wirtschaft. (im FPÖ-Programm 1997!)

Kulturtechniken und Schlüsselqualifikationen

Der Vermittlung der Kulturtechniken Lesen (einschließlich des Verstehens des gelesenen Textes), Schreiben und Rechnen ist absoluter Vorrang einzuräumen. Daneben kommt die Vermittlung eines grundlegenden Wissens und dem Erwerb von Schlüsselqualifikationen die allergrößte Bedeutung zu. Bei allen unterrichtlichen Bemühungen muss der nachhaltige Bildungsertrag (gesichertes Wissen und Können) im Vordergrund stehen.

Die Forderung, "das Lernen lustvoller zu gestalten", mutet zwar human und fortschrittlich an, geht aber an der Tatsache vorbei, dass für die spätere Bewältigung des beruflichen (ev. studentischen) Alltags das rechtzeitige - und oft mühevoll - Erfassen von Arbeitshaltungen und Wissensinhalten erforderlich ist. Lernen kann und soll auch lustvoll sein - aber die Lust kann nicht zum alleinigen Unterrichtsprinzip erhoben werden.

Informations- und Kommunikationstechnologien

Aufgabe einer zeitgemäßen Bildungspolitik ist es auch, die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Nutzung und zum Einsatz der Neuen Medien in sämtlichen Ausbildungsstätten zu schaffen. Die jungen Menschen müssen in die Lage versetzt werden, auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft vorbereitet zu sein.

Begabtenförderung

Freiheitliche Bildungspolitik geht davon aus, dass das Bildungssystem jeder sozialen Schicht offenstehen muss, nimmt aber auch an der Erfahrung Maß, dass nicht alle Menschen gleich veranlagt sind und dass die Schulen demnach keine Einheitsbildung vermitteln können.

Freiheitliche Bildungspolitik bekennt sich ausdrücklich zum Leistungsprinzip und zu Bildungseliten, ohne welche die erreichte wirtschaftliche und kulturelle Stellung Österreichs in der Welt nicht gehalten werden kann. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer breit gefächerten Begabtenförderung und nach einem Schulsystem, in dem Leistung von Schülern, Lehrern und der Schulverwaltung gleichermaßen gefordert ist.

Leistungsbeurteilung

Entsprechend der Orientierung freiheitlicher Bildungspolitik am Leistungsprinzip wird eine klare und transparente Leistungsbeurteilung bevorzugt, die Leistungsunterschiede erkennbar macht und Leistungsvergleiche gewährleistet. Wichtig ist, dass auch Stärken und nicht in erster Linie Schwächen hervorgehoben werden.

Das System der Notenbeurteilung ist beizubehalten, aber dahingehend zu ergänzen, dass die Entwicklung und die Beurteilung der verschiedenen Leistungsbereiche (Schularbeiten, Tests, Stundenwiederholungen, Mitarbeit im Unterricht, Hausübungen, Referate, Projekte) transparenter werden. Eine zusätzliche verbale Beurteilung ist generell, insbesondere in der Schuleingangsphase, sinnvoll.

Die kontinuierliche Beurteilung dient der laufenden Standortbestimmung. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Lehrers, die Schüler konsequent zu beobachten und auf negative Leistungsentwicklungen rasch zu reagieren, insbesondere den Kontakt mit den Erziehungsberechtigten aufzunehmen.

Sprachliche und soziokulturelle Integration

Die starke Zuwanderung stellt für das österr. Schulwesen eine große Herausforderung dar, insbesondere in den Volks- und Hauptschulen der Ballungsräume. In den Klassen darf der Anteil von Schülern mit besonderem Förderbedarf im Bereich der sprachlichen und soziokulturellen Integration einen Richtwert von 30% nicht überschreiten. Für schulpflichtig gewordene fremdsprachige Kinder, die als außerordentliche Schüler gelten, sind ab dem Zeitpunkt der Schuleinschreibung eigene Förderklassen zu führen. Der Besuch und der erfolgreiche Abschluss der Förderklassen sollen Bedingung für den nachfolgenden Unterricht in der Regelklasse werden.

Schulpartnerschaft

Die Schule erfordert ein konstruktives Zusammenwirken von Schülern, Eltern und Lehrern. Allerdings hat die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder, insbesondere deren Erziehung, Vorrang vor der Erziehung durch staatliche Einrichtungen.

Alle Eltern sind aufgefordert, die bestehenden kooperativen Möglichkeiten auszunutzen, um in schulischen Angelegenheiten ihren Mitwirkungsanspruch auf Basis eines allgemeinen, geheimen Wahlrechts in den dafür vorgesehenen Einrichtungen geltend zu machen. Dabei sind sie von der jeweiligen Schule bzw. der zuständigen Schulbehörde nach Kräften zu unterstützen.

Im Mittelpunkt schulpartnerschaftlicher Überlegungen muss das Wohl der Schüler stehen. Die Lehrer haben in die Schulpartnerschaft ihre pädagogische und fachliche Kompetenz einzubringen. Diese sind die demokratisch gewählten Gremien des SGA(=Schulgemeinschaftsausschuss) an den Mittleren und Höheren Schulen sowie die Schulforen an den Pflichtschulen.

Über die bereits bestehenden Möglichkeiten hinaus soll den schulpartnerschaftlichen Gremien die Möglichkeit eingeräumt werden, schuleigene Verhaltensvereinbarungen festzulegen. Im Rahmen der Vereinbarungskultur werden auch die Beratung der Eltern in Erziehungsfragen, die Hilfestellung in Konfliktsituationen, die Entwicklung von Konfliktlösungsstrategien sowie Möglichkeiten zur Konfliktvermeidung zu thematisieren sein.

Die Hochschulreife

Ein wichtiges Ziel neben einer qualifizierten Allgemeinbildung oder Fachausbildung muss bei den AHS und BHS die Erlangung der Reife für ein Universitäts- oder FH-Studium sein. Wir treten ein für den freien UNI-Zugang und dieser ist nur bei einer hochqualifizierten Vorbildung sinnvoll.